Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Reinh. Drescher, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pallender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 187. Halle, Donnerstag den 15. August 1918. 2. Jahrgang.

Ein neuer Winterkönig.

Unter dieser Ueberschrift bringt die Fränkische Tagespost, unser Nürnberger Parteiblatt, die nachstehenden beachtenswerten Darlegungen:

Die unheimlichen Aehnlichkeiten zwischen dem Dreißigjährigen Krieg und dem gegenwärtigen Weltkriege mehren sich. Im Dreißigjährigen Krieg gelang es den Gegnern des Hauses Habsburg, einen der damals noch protestantischen Wittelsbacher auf den böhmischen Thron zu bringen. Aber nur einen Winter regierte er und geächtet starb er in der Verbannung; erst seinem Sohne konnte Gustav Adolf den Rang in der Pfalz wieder schaffen. Das Königmachen ist kein so schweres Geschäft. Das zeigt nicht nur der Dreißigjährige Krieg, das lehrt auch die Geschichte Napoleons I. Aber König bleiben, eine Dynastie Wurzeln schlagen zu lassen, das ist sehr selten gelungen. Eigentlich sollten sich gerade die richtigen Monarchisten hierüber freuen. Sie sehen ja in der Monarchie eine enge Verflechtung von Volk und regierender Familie, eine so eigenartige und so schwierig zu begreifende Verkettung einer einzelnen Familie mit einem Volke, daß man den lieben Gott heranziehen muß, um ein derartiges Verhältnis zu begreifen. Wenn sich die Anfänge dieser Beziehung nur in dunklen, schwer zu durchschauenden Zeiten abspielen, dann kann man sie mit einem mystischen Gewebe umhüllen. Aber ganz anders ist es in unserer so erschrecklich nüchternen Zeit, wo Könige ein- und abgesetzt werden, durch militärische Errungenschaften, bei denen der liebe Gott doch nur eine ganz nebensächliche Rolle in der Phantasie der Völker zu spielen vermag. Das Wenige, was noch in der Einbildungskraft der Völker übrig bleibt hinsichtlich des Zusammenhanges von göttlichem Willen und himmlischer Gerechtigkeit mit den Veränderungen der Landkarte, wird ganz zunichte gemacht durch die diplomatischen Schiebungen, durch Zeitungspolemik und durch die Tüfteleien der Eingeweihten und der Eingeweihtschein-denden. Wir haben das mit einer für die Monarchisten erschreckenden Deutlichkeit bei der litauischen Monarchenfrage gesehen, wo der Herzog von Urach in Litauen für eine künftige Majestät gar peinlichen Streit gezogen wurde. Sollte sich dieses Land auch nach dem allgemeinen Friedensschlusse einer Monarchie erfreuen, so wird es schwer sein, ohne Spott den Namen und Titeln seines Königs die Worte von Gottes Gnaden anzufügen ...

Von Gottes Gnaden wird man auch den künftigen König von Finnland nur nennen können, wenn man mit aller Gewalt sein Gesicht zu respektvollem Ernst verziehen wird. Man wird diesem Mann, der nach einiger Zeit als Majestät angesprochen werden soll, auch nicht nennen können: König von Finnland durch den Willen des Volkes, denn das finnische Volk ist alles andere nur nicht monarchisch gesinnt. Es ist für die Republik! Nicht nur die Sozialdemokratie, die mit Hilfe deutscher Truppen niedergeworfen wurde und die fast die Mehrheit des Parlaments gestellt hat. Auch in allen bürgerlichen Parteien ist die Zahl der Republikaner nicht gering, in manchen bilden sie die Mehrheit. Nur unter dem äußersten Drucke, der ganz rücksichtslos und vielleicht auch nicht ganz unbeabsichtigt als ein deutscher hingestellt wurde, gelang es unter unzweifelhafter Verletzung der Verfassung, den Beschluß eines zuständigen Parlaments, das übrigens nur ein Rumpfparlament ist, durchzusetzen, daß Finnland eine Monarchie werde. Welche Bedeutung dieser Beschluß, gemessen an dem Wahlgesetze, hat, erkennt man aus der Tatsache, daß die finnländische Kammer aus zweihundert Abgeordneten besteht, und daß nur 68, die meisten von ihnen unter schwerem Drucke einer fremden Macht für die Monarchie gestimmt haben und daß gar nur 55 Abgeordnete, aber freilich die Mehrheit der Anwesenden, für die sofortige Königswahl sich erklärten. Die stärkste Partei des Landtages, die Sozialdemokraten, sind, von ganz vereinzelten Männern abgesehen, außerhalb des Landtages und zwar in den Gefängnissen.

Man sprach vom Prinzen Oskar von Preußen als von dem Manne, dem der Thron in Finnland bereitet werden soll. Er ist der fünfte Sohn des deutschen Kaisers und zur linken Hand vermählt mit einer mecklenburgischen Gräfin v. Bassewitz; er ist eben 30 Jahre alt geworden. Aber man mag über den deutschen Kaiser denken, wie man will, man hat immer gehört, daß er ein liebevoll für seine Kinder sorgender Vater sei. So begreift man, daß er seinen Sohn nicht den Gefahren aussetzen will, die ein landesfremder und aufgezwungener Monarch in noch viel höherem Maße in diesen unruhigen Zeiten läuft, als mit dem, wie König Alphons von Spanien einmal sagte, mit vielen Berufsgefahren verbundenen monarchischen Gewerbe ohnedies verknüpft sind. Als die Kandidatur des Prinzen Oskar nicht mehr in Frage kam, stand die des Herzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg im Vordergrunde. Für den Mann aus dieser Familie sprach sehr viel, denn das Regieren nicht angestammter Völker ist dort sehr beliebt. Adolf Friedrich war schon Gouverneur von Togo. Vielleicht sollte er die Finnländer so energisch behandeln, wie die Neger von Togo, die man zur Plantagenarbeit zu erziehen hat. Jedenfalls wäre die Regierung von Togo eine etwas ungewöhnliche Vorbereitung für die Regierung Finnlands. Ein Bruder des Adolf Friedrich, Johann Albrecht, hat das Regieren schon mehrfach betrieben, denn er war schon Regent von Mecklenburg-Schwerin und auch von Braunschweig. Ein weiterer Bruder, Heinrich, ist der Mann der Königin der Niederlande und der Neffe Friedrich Franz, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, hat sich vor kurzem zur Entrüstung der festen Monarchisten nach dem Selbstmord des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz zu dessen Nachfolger proklamiert.

Nach den neuesten Meldungen soll man aber auch dem Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg eine so unerfreuliche Zukunft als Träger der finnländischen Krone vorausgesagt haben, daß auch er nicht mehr in Frage kommen soll. Vielleicht entschließt sich der Herzog von Urach oder der Prinz von Wied albanischen Angedenkens oder irgend ein Coburger oder sonstiger Wettiner für diese Möwchenschlung in dem langweiligen Leben eines nachgeborenen Prinzen.

Uns ist das Schicksal dieser Prinzen, die die Sehnsucht haben, finnländische Könige zu werden, ziemlich gleichgültig. Wir wissen, daß das Vergnügen nicht allzulange dauern wird. Es wird eben noch einen Winterkönig geben und nach dem Winter werden die Finnländer vernünftig, wenn Europas Verhältnisse vollständig geregelt werden, am Ende des Krieges, zur Schaffung eines Parlaments gelangen, das dem Volkswillen wirklich Ausdruck verleihen wird, und das den durch eine fremde Macht erzwungenen Beschlüssen die Ehre antun wird, die sie verdienen.

Für uns Deutsche ist wichtiger als das Schicksal dieser oder jener königlichen Hoheit die vollständige Ausschaltung unseres Volkes und seiner Vertretung von dieser Einmischung in die Verhältnisse Finnlands. Wenn im finnländischen Landtag mit wohlüberlegter Betonung erklärt wird, daß der Beschluß für die Monarchie unter dem Drucke Deutschlands geschah, so will man das Deutsche Reich binden für die Garantierung nicht nur der finnländischen Monarchie, sondern auch für die Sicherung der Positionen derer, die Deutschland nachgiebig gewesen sind. Man will eine Sicherung der gegenwärtigen Machtverhältnisse im Innern Finnlands durch Deutschlands Machtmittel nicht bloß durch seine moralischen, sondern auch durch seine militärischen und diplomatischen. Man schafft somit durch die Einmischung in die inneren Verhältnisse Finnlands, durch die mehr oder minder sanfte Erzwingung neuer Staatsgrundlagen Verpflichtungen für Deutschland, die in späteren Zeiten sehr drückend werden, die uns wieder Hunderttausende Menschen und Milliarden Geld kosten können. Und bei all dem wird der deutsche Reichstag nicht gefragt und das deutsche Volk vor vollendete Tatsachen gestellt.

Staatssekretär v. Hintze gegen Lloyd Georges Geschichtsfälschung

Am vierten Jahrestag des Eintritts Englands in den Krieg, am 4. August, veröffentlichte Lloyd George eine Botschaft an das englische Volk. Darin stellt er die Behauptung auf, vor sechs Monaten hätten die Beherrscher Deutschlands absichtlich die von den Alliierten vorgeschlagene gerechte und vernünftige Regelung der Weltverhältnisse abgelehnt; sie hatten die Maske der Mäßigung abgeworfen, Rußland aufgeteilt und Rumänien verstlabt. Die feindliche Presse hat diese Behauptung aufgegriffen. Der Corriere d'Italia hat z. B. die Behauptung Lloyd Georges dahin ergänzt, daß der Friedensvorschlag der Entente auf der Londoner Konferenz beschlossen worden sei. Die Idea Nazionale fügt hinzu, der Vorschlag sei von der Entente als Gesamtheit an Deutschland gerichtet worden.

Diese agitatorisch ausgebeutete schwerwiegende Behauptung Lloyd Georges in einer nachdrücklichen und alle Zweifel ausschließenden Weise zurückzuweisen, scheint geboten. Deshalb wandte sich der Vertreter der Kölnischen Zeitung an Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Hintze, vor seiner Abreise ins Große Hauptquartier mit der Bitte, sich über Lloyd Georges Behauptung aussprechen zu wollen. Herr v. Hintze äußerte sich so ausführlich, wie es dem Schwergewicht der von Lloyd George aufgestellten Behauptung entspricht. Der Staatssekretär sagte:

„Die Behauptung ist vage und unbestimmt. Es ist den maßgebenden politischen und militärischen Stellen nichts bekannt über einen solchen vernünftigen Friedensvorschlag der Entente. Wäre es den Ententestaatsmännern ernst um die Anbahnung eines Verständigungsfriedens gewesen, so hätten sie durch bevollmächtigte Persönlichkeiten zum Zwecke von Besprechungen an Deutschland herantreten können. Dies wäre der Weg gewesen, die beiden Gegner in Fühlung zu bringen, der Weg, der zu einigermaßen aussichtsreichen Besprechungen hätte führen können. Von einer Ablehnung vernünftiger Friedensvorschläge durch Deutschland kann keine Rede sein."

Indem er auf den Zeitpunkt Bezug nahm, auf den die Aeußerung Lloyd Georges anspielt, wies der Staatssekretär darauf hin, daß gerade in dieser Zeit die Staatsmänner der Entente die Welt über ihre wahren Absichten nicht im mindesten im unklaren gelassen haben.

„Wie lagen die Verhältnisse damals? — Ende Dezember 1917 haben die Mittelmächte die Entente aufgefordert, an den Brest-Litowsker Friedensverhandlungen zum Zwecke des allgemeinen Verständigungsfriedens teilzunehmen. Die Entente aber hat die Frist für die Teilnahme an den Verhandlungen verstreichen lassen.

Kurz darauf, am 5. Januar, hielt Lloyd George eine Rede vor den englischen Gewerkschaftsführern, worin er behauptete, die Haltung der Mittelmächte ließe angeblich Zugeständnisse an die Bedingungen der Entente vermissen. Dafür stellte er im einzelnen annexionistische und imperialistische Kriegsziele auf, die selbst in England gewissen Kreisen, zumal den Arbeitern, zu weit gingen. In derselben Rede fanden sich unverkennbare Ansätze für das später ausgebaute Programm eines Wirtschaftskrieges.

Am 8. Januar erließ Präsident Wilson seine Botschaft mit den bekannten vierzehn Punkten.

Am 24. Januar sprach der Kanzler im Hauptausschuß und erklärte, die Reden Wilsons und Lloyd Georges enthielten gewisse Grundsätze für einen allgemeinen Weltfrieden, denen auch wir zustimmten, und welche die Ausgangs- und Zielpunkte für Verhandlungen bilden könnten. Wo jedoch konkrete Fragen zur Sprache kämen, sei, so führte der Kanzler aus, ein Friedenswille weniger bemerkbar.

Zu demselben Zeitpunkt entwickelte Graf Czernin im Reichsrat seine Ansichten über die Abrüstung.

Ich führe weitere Daten an:

Am 5. Februar wurden die Beschlüsse der Verbandskonferenz von Versailles bekannt. Danach erklärte der Oberste Kriegsrat, an dem die leitenden Staatsmänner der Entente teilnahmen, es sei unmöglich gewesen, in den Reden der gegnerischen Staatsmänner irgendetwas zu finden, was sich den Bedingungen der alliierten Regierungen genähert hätte. Deshalb müsse der Krieg mit der äußersten Energie, im engsten und wirksamsten Zusammenarbeiten der Alliierten auf militärischem Gebiet geführt werden.

Am 12. Februar erließ Präsident Wilson eine Botschaft, in der er seine vier allgemeinen Punkte als Grundlage für einen dauerhaften Frieden darlegte.

Am gleichen Tage erklärte Lloyd George im Unterhause, die englische Regierung könne von ihren Kriegszielen, die sie aufgestellt habe, nicht abgehen.

Am 25. Februar sprach der Reichskanzler [illegible] sich für die Annahme der vier Punkte Wilsons, die aber nicht nur von dem Präsidenten vorgeschlagen, sondern auch von allen Staaten und Völkern anerkannt werden müßten. Dies sei aber noch nicht der Fall, wie die imperialistischen Kriegsziele Englands bewiesen.

In einer weiteren Rede am 18. März führt der Reichskanzler aus, bei den feindlichen Staaten zeige sich noch immer der Wille, den Krieg bis zu unserer Vernichtung fortzusetzen."

So legte der Staatssekretär Punkt für Punkt, Datum für Datum dar, es in der Zeit, auf die sich die Behauptung Lloyd Georges bezieht, mit der Bereitschaft zu Verhandlungen und vernünftiger Regelung hüben und drüben bestellt war, und er ist der Zustimmung eines jeden sicher, wenn er darauf hinwies, daß diese geschichtlichen Tatsachen für sich selbst sprechen. Auch die weitere Entwicklung seitdem zeige, so fügte er hinzu, dasselbe Bild. „Gesunde Regungen, woher sie auch immer kommen mögen, in der Richtung eines Verhandlungsfriedens und vernünftiger Vorbesprechungen durch bevollmächtigte Persönlichkeiten treffen nur auf Hohn und Spott. Die Staatsmänner der Entente arbeiten nach wie vor mit den hundertmal zurückgewiesenen zweideutigen Redensarten. Ihr Programm ist in Wahrheit immer noch imperialistisch und annexionistisch. Es ist ja auch kaum denkbar, daß vernünftige Erwägungen greifbare Formen annehmen, solange, wie es in den feindlichen Ländern der Fall ist, Haß und Leidenschaft der Völker durch eine gewissenlose Agitation immer wieder von neuem aufgepeitscht werden."

Der Staatssekretär schloß seine Mitteilungen, indem er mit besonderem Nachdruck sagte:

„Nicht bei uns, sondern bei den Staatsmännern der Entente, die von der Anbahnung einer Verständigung nichts wissen wollen, liegt die Schuld an der Fortsetzung des Krieges."

Der Inhalt der deutsch-russischen Verhandlungen.

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des Lokal-Anzeigers hat der bekannte nationalliberale Führer Dr. Stresemann einige Mitteilungen über den Inhalt der neuen deutsch-russischen Vereinbarungen gemacht, die bisher als Staatsgeheimnis gehütet wurden. Danach soll die künftige Stellung Livlands und Estlands, sowie das Verhältnis Deutschlands zu dem neu entstandenen Staat Georgien geregelt und eine Demarkationslinie für unsere im südlichen Rußland gegen Freischärler operierenden Truppen errichtet werden. Stresemann hält die Räteregierung die für Deutschland beste Regierung. Miljukow sei ein Offizier ohne Armee und stelle überdies für seine Annäherung an Deutschland weitergehende Bedingungen als die Bolschewisten. Stresemann hält es für möglich, daß Deutschland mit den Bolschewisten gut Freund bleibe und doch mit anderen Klassen in der Ukraine und in Georgien Hand in Hand gehe.

Ein Berliner Telegramm der Frankfurter Zeitung legt besonderen Nachdruck auf die praktische Durchführung der getroffenen Vereinbarungen: „Die Moskauer Regierung wird zu entscheiden haben, ob sie die Abmachungen ihrer Delegation billigen will und kann. Das Können spielt im gegenwärtigen Moment eine ganz besondere Rolle. Gerade die wirtschaftlichen und finanziellen Abmachungen bekommen nur Form und Inhalt, wenn in Rußland eine Regierung vorhanden ist, die die Macht besitzt, die geschriebenen Verträge auch praktisch werden zu lassen."

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht ein Telegramm seines Wiener Mitarbeiters über die Begegnung der beiden Kaiser. Die Zusammenkunft werde sich nur auf einen Tag erstrecken und entspringe dem Wunsch des österreichischen Kaisers, „sich in einer persönlichen Aussprache über die Auffassung des Verbündeten über die allgemeine politische und militärische Lage zu unterrichten"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180815-14/fragment/page=0001

Kaiser Karl lege persönlich keinen Wert auf die polnische Frage, der Graf Burian halte an dem Zusammenhang der Vertiefung des Bündnisses mit der austropolnischen Lösung fest. Der Reichskanzler werde bald seinen längst angekündigten Besuch in Wien machen. Redaktionell fügt das Berliner Tageblatt hinzu, daß die deutsche Idee, dem polnischen Staate, einen eigenen König zu geben, mit den Wünschen der polnischen Delegierten übereinstimmte, die gegenwärtig im Großen Hauptquartier weilten.

Unter den anderen Zeitungsstimmen sei hervorgehoben die Post, die die Schaffung eines starken, selbständigen, politischen Zentrums des Polentums als dem deutschen Interesse abträglich erklärt. Ein Artikel des Professors Hedsch in der Kreuzzeitung, der im deutschen Interesse verlangt, „endgültige Entscheidungen in den Detail-Fragen auch jetzt noch durchaus zu vermeiden"; endlich ein Artikel des Grafen Reventlow, der es dahingestellt sein läßt, ob der Breiter Frieden dem Urteil einer allgemeinen Friedenskonferenz entzogen werden kann und sich begnügt, ihn als militärische Notwendigkeit und militärischen Erfolg zu feiern. Der alldeutsche Graf bedauert nur, daß die Besetzung Petersburgs unterblieben sei und glaubt, daß sie noch nachgeholt werden könne.

Der Krieg im Westen.

Berlin, 14. August abends. (Amtlich.) Von der Kampffront nichts Neues.

Berlin, 14. August. Im Laufe des 13. August haben unsere Jagdgeschwaderkräfte des Marinekorps neun feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant zur See Sachsenberg errang seinen 19. und 20., Leutnant Osterkamp seinen 19. Luftsieg.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Zur Entente-Offensive an der Westfront

schreibt das Stockholmer Aftonbladet:

Was hat die Entente durch die Schlacht bei Montdidier gewonnen? Ungefähr dreißigtausend Gefangene und fünfhundert Geschütze. Der Gebietsgewinn, den sich auf drei bis vier Quadratmeilen verheerten französischen Bodens beiaufen dürfte, hat nur Bedeutung, insoweit er sich für weitere Operationen oder für einen neuen Stellungskrieg als Basis eignet. Wäre die Schlacht ausgeschlagen worden, während die Kriegsmacht des russischen Zarismus noch auf ihrem Höhepunkt stand, so hätte sie bedeutlich sein können. Jetzt ist sie nur eine der vielen Episoden des Krieges. In ihren Hauptzügen ist sie schon beendet, und die Schwächung der deutschen Armee ist so unbedeutend, daß die Entente auch weiterhin eine deutsche Offensive in mindestens den gleichen Dimensionen wie im März erwarten kann. Es handelt sich um eine einzelne Episode, wie sie in allen Kriegen eintreten kann, wenn der Sieg auch noch so sicher ist. Die Bemühungen der Entente, sich einen Weg zu bahnen, um die Deutschen aus Frankreich zu vertreiben, sind ganz aussichtslos.

*

Berlin, 14. August. In der Stimmung der zwischen Ancre und Oise eingedrungenen englischen und französischen Gefangenen macht sich ein bemerkenswerter Umschwung geltend. Während die Gefangenen aus den ersten Angriffstagen zuversichtlich, fast übermütig waren, zeigt sich jetzt selbst bei den Offizieren Ermüdung und Niedergeschlagenheit. Nach dem großen Erfolge des ersten Tages erwartete man nicht, daß die Offensive so rasch zum Stehen kommen würde. Die großen Hoffnungen, die man auf die Tanks setzte, sind wieder einmal enttäuscht. Die Franzosen zeigen sich empört darüber, daß trotz der 1 300 000 Amerikaner, die in Frankreich gelandet sein wollen, und trotz Engländern und Italienern sie wiederum die Hauptlast des Kampfes zu tragen hatten.

Berlin, 14. August. Der 13. August brachte an der Schlachtfront zwischen Ancre und Oise lediglich Teilangriffe des französisch-englischen Durchbruchsheeres; aber auch diese kamen in dem vernichtenden deutschen Abwehrfeuer nur teilweise zur Durchführung.

Im Tailleswalde nördlich der Somme bereiteten die Engländer um 8 Uhr 30 abends einen größeren Angriff vor. Die Feindansammlungen wurden jedoch rechtzeitig erkannt und der Wald unter so schweres Artilleriefeuer genommen, daß der Angriff unterblieb.

Ebenso erging es Angriffen der Ententetruppen nördlich der Straße Roye—Amiens. Nur zu dem ersten Sturm vermochte die feindliche Infanterie überhaupt anzutreten. Alle weiteren Angriffsversuche wurden durch die deutsche Artillerie vereitelt, welche die Sturmtruppen zerstreute, ehe ihre Bereitstellung herbeigeführt wurde.

In der Nähe des Logeswaldes wurde um Mittag und 6 Uhr abends ein französischer Angriffsversuch vereitelt, ebenso ein sich nordöstlich Roffons vorbereitender Angriff. Von Conny bis an die Oise nannten die Franzosen von Mittag ab mehrfach an, wurden jedoch jedesmal teils in dem gut liegenden Feuer, teils im Gegenstoß abgewiesen. Um 9 Uhr abends versuchten die Franzosen südlich Conny nochmals anzugreifen, kamen jedoch nicht einmal bis an die deutschen Stellungen. Ihre Verluste sind naturgemäß schwer, ebenso die der Engländer, bei denen vor allem die als Sturmböcke verwandten kanadischen und australischen Divisionen gelitten haben. Bei Gegenstößen und der Säuberung von Feindnestern brachten die Deutschen mehrfach Gefangene ein und erbeuteten Maschinengewehre. (W. T. B.)

Der Krieg zur See.

Berlin, 14. August. (Amtlich.) In den Gewässern um England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote zwölftausend BRT. vernichtet. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Lord Lee hat bekanntlich seinen Posten als Generaldirektor der englischen Nahrungsmittelerzeugnisse niedergelegt. In einer Erklärung an die Presse führt er über die Gründe seines Rücktritts u. a. aus (Times vom 23. Juli 1918): „... Wie die Lage jetzt ist, will ich nur sagen, daß ich weder vom Scheitern der U-Boot-Gefahr genügend überzeugt bin, noch von der Sicherheit unserer Nahrungsmittelversorgung für die nächsten Jahre."

Oesterreichischer Heeresbericht.

wtb. **Wien, 14. August.** Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Tonale-Gebiet griff der Feind gestern zu den von uns seit längerer Zeit erwarteten Angriffen. Er leitete sie am Vormittag durch Vorstöße gegen die in den Quellgebieten des Noce und der Sarca bei Gaviaro stehenden Postierungen ein. Nachmittags folgte nach starker Artillerievorbereitung das Vorgehen auf unsere Tonale-Stellung. Die Kämpfe verliefen für uns günstig; vom Zurückdrängen einiger vorgeschobener Hochgebirgsposten abgesehen, errangen die Italiener nirgends Erfolge. Sonst im Südwesten keine besonderen Ereignisse.

Albanien.

Deckung des Devoli-Tales bemächtigten sich unsere Bataillone einiger Stützpunkte des Feindes. Der Chef des Generalstabes.

Zur Lage in Rußland.

Das englische Doppelspiel gegenüber der Sowjet-Republik

hat sich besonders im Verhalten der Engländer im Eismeer-Gebiet offenbart. Anfangs überließen englische Flieger Archangelsk und die dortigen Befestigungen und verbreiteten Aufrufe dahingehend, daß die Engländer sich nicht gegen die Sowjets wenden und nichts gegen den Rat der Volkskommissare unternehmen wollten. Ihr Vorrücken sei nur gegen die Deutschen gerichtet. Späterhin, da diese Aufrufe ihren Zweck verfehlten, überflogen wiederum englische Flugzeuge die Stadt und schossen auf die Mannschaften der Batterien und auf die Besatzung der Stadt.

Die Gegenrevolution ist im Gange. Verspätet wird aus Moskau vom 10. August gemeldet: Erschießungen von Sowjetmitgliedern haben aufgehört, zu den Seltenheiten zu gehören. Nur ziehen es die Engländer vor, bei besonders verruchten Greueltaten die serbischen Weißgardisten loszulassen, wie es zum Beispiel bei der Ermordung des militärischen Kommissars von Archangelsk Senkowitsch der Fall war, der durch Weißgardisten in Stücke gerissen wurde. Nach diesen Mitteilungen wurden Mitglieder des Sowjets auf Befehl des englischen Kommandanten erschossen wegen eines gegen die englische Abteilung verübten Bombenattentats.

In Murmansk wurde eine Bombe in die Wohnung des englischen Generals Pool geworfen, er blieb jedoch unversehrt. Die in den besetzten Gebieten von dem unter dem Protektorate der Entente befindlichen Tschecho-Slowaken verübten Greueltaten spotten jeder Beschreibung. Das westliche Europa geht nicht nur mit Schweigen darüber, daß in manchen von den Tschecho-Slowaken besetzten Städten die ganze Arbeiterjugend erschossen wird, die unter der Flagge der Völkerbefreiung kämpfende Entente sendet sogar den als Tschecho-Slowaken bezeichneten Banden verschiedener gegenrevolutionärer Elemente ihre bewaffneten Streitkräfte zu Hilfe. (P. T. A.)

*

Haag, 14. August. Daily Mail meldet aus Wladiwostok: Vor der Landung der verbündeten Truppen hat der örtliche Sowjet die gesamte Munition und sämtliche Vorräte, besonders Kupfer, aus der Stadt entfernt und weiter ins Innere des Landes bringen lassen. Obwohl seine Absicht bekannt war, ist es den ententefreundlichen Elementen nicht gelungen, den Abtransport zu verhindern.

Rußlands innere Wirren.

Unsere heutige Karte soll unseren Lesern eine Anschauung über die Lage der großrussischen Republik gewähren, die im Norden längs der Murmanbahn und bei Archangelsk von der Entente besetzt, sich im Südosten der Tschecho-Slowaken zu erwehren hat. Darüber, daß zwischen diesen beiden Unternehmungen ein Einverständnis besteht, herrscht kein Zweifel, ebensowenig darüber, daß das nächste Ziel beider Bestrebungen die Linie Petersburg—Wologda ist. Andererseits ist zu beachten, daß die der Entente zur Verfügung stehenden Kräfte immerhin nur gering zu veranschlagen sind und daß auch die Zahl der Tschecho-Slowaken nicht so erheblich ist, daß sie eine unmittelbare Gefahr bilden können. Angesichts der wenig klaren innerpolitischen Verhältnisse Großrußlands läßt es sich aber nicht berechnen, welche Hilfstruppen den Gegnern der Sowjetregierung aus Großrußland selber etwa noch zuströmen werden. Gelingt es den Bolschewisten, die Tschecho-Slowaken niederzuwerfen, ist der Vormarsch der Entente auf Wologda von vornherein zur Ohnmacht verurteilt. Hier liegt also für die augenblickliche russische Regierung die Hauptgefahr.

Hafenarbeiterstreik in Rotterdam.

Haag, 14. August. Infolge eines Streiks im Rotterdamer Hafen sind zur Löschung der Ladung der dort liegenden Schiffe des belgischen Hilfsdienstes 400 internierte Belgier nach Rotterdam überführt worden.

Einer Meldung des Lokalanzeigers aus dem Haag zufolge kam es in Rotterdam zu Straßenkrawallen zwischen den streikenden Hafenarbeitern und belgischen Internierten, die Dampfer des amerikanischen Hilfsdienstes beladen sollten.

Konferenzbedingungen amerikanischer Sozialisten.

tk. Je mehr in der französischen Arbeiterschaft die Kriegsmüdigkeit um sich greift, desto eifriger sind die Ententeregierungen darauf bedacht, ihr Ermutigung beibringen zu lassen. Da die Wirksamkeit der brüderlichen Delegierten aus England schon etwas verschlissen ist, werden von Amerika aus Ermutigungsapostel losgelassen. Der Anfang wurde vor einigen Wochen mit einer gewerkschaftlichen Abordnung gemacht, jetzt wird die französische Arbeiterschaft von einer Delegation amerikanischer Sozialisten heimgesucht. Diese redet wie jene vom Schmerzfrieden. Diese wie jene ist nur unter ganz besonderen Bedingungen für eine internationale Konferenz. Ehe diese Bedingungen angeführt werden, sei gesagt, daß es nicht klar ist, wen diese amerikanischen Sozialisten eigentlich vertreten. Die sozialistische Partei Amerikas kämpft in ihrer großen Mehrheit entschieden gegen den Krieg. Wie ernst sie es damit meint, läßt die Unterdrückung ihrer Presse durch die Regierung „des freieisten Landes der Welt" erraten. Wenn das, was zwischen den Zeilen von Telegrammen steht, die französische Blätter aus Amerika bringen, dann ist die Partei, die die vierköpfige Delegation vertritt, erst noch zu schaffen. Allein, das hindert sie nicht, folgende Erklärung bekanntzugeben:

„Die unterzeichneten Sozialisten — Spargo, Simons, Kopelin und Howart — glauben, daß der Krieg solange kraftvoll geführt werden muß, bis die Alliierten einen vollständigen Sieg über die Mittelmächte errungen und dadurch die größte Gefahr für die Demokratie der Welt und den internationalen Sozialismus beseitigt haben. Wir glauben, daß gleich jetzt Schritte zu tun sind, um für jenes Ziel eine einheitliche Aktion der alliierten Sozialisten zu sichern. Eine solche Aktion ist notwendig, erstens, um einen schnellen Waffenerfolg der Alliierten zu fördern; zweitens, um die Sache der Demokratie zu stärken und die Arbeiterinteressen während des Krieges zu schützen; drittens, um einen Frieden ohne jeden imperialistischen Gehalt zu erreichen, der die Interessen der arbeitenden Klassen, als auch die bestehenden demokratischen Gesetze und Einrichtungen gewährleistet.

Wenn eine (internationale) Konferenz als das beste Mittel zur Erreichung jener Ziele erklärt werden sollte, dann ist eine solche Konferenz von einem besonderen Ausschuß, gebildet aus Vertretern einer jeder alliierten Nation, einzuberufen.

Wir halten daran fest, daß wenn von den Sozialisten der alliierten Länder Zusammenkünfte oder Verhandlungen mit den Sozialisten der feindlichen und autokratischen Länder gepflogen werden, die letzteren die folgenden Bedingungen offiziell und öffentlich zu unterzeichnen haben:

1. Sie haben zum mindesten endgültig und in aller Form die Friedensbedingungen anzunehmen, die von der Londoner Konferenz der alliierten Sozialisten gutgeheißen sind und die praktisch mit den Bedingungen Wilsons und Lloyd Georges übereinstimmen. Dehnbare oder unbestimmte Berichte (der feindlichen Sozialisten), die sich in Ausdrücken wie etwa „im Prinzip" bewegen, können als zufriedenstellend nicht angenommen werden.

2. Als Bedingung ihrer Zulassung zu einer Konferenz haben sich die feindlichen Sozialisten öffentlich und in aller Form zu verpflichten, in ihrem Lande für die Verwirklichung des Londoner Programms zu arbeiten.

3. Sie haben offen und wirksam ihren autokratischen Regierungen die Nichtanerkennung (repudier) auszusprechen und zu beweisen, daß sie ihre Regierungen durch eine grundsätzliche, beharrliche und systematische Opposition bekämpfen; daß sie an ihrem Ruin durch Auferlegung einer demokratischen Politik arbeiten. Eine schwächliche Opposition in untergeordneten Fragen, wie beispielsweise das Stimmen gegen die Kriegskredite, kann nicht als eine ehrliche Annahme dieser Bedingungen in Betracht gezogen werden."

Weiter werden uns von diesen vier seltsamen Sozialisten aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten und der Trusherrschaft keine Bedingungen gestellt. Wenigstens vorläufig nicht.

Fliegerangriff auf Frankfurt a. M.

10 Tote, 11 Verletzte.

Berlin, 14. August. (W. T. B.) Am 12. August wurde gegen 9 Uhr vormittags die offene Stadt Frankfurt a. M. von einer Anzahl feindlicher Flieger angegriffen. Der Flugmeldedienst war ihnen vorausgeeilt, hatte alle in Betracht kommenden Stellen rechtzeitig gewarnt und es dadurch den Kampfstaffeln ermöglicht, den Feind schon auf dem Anfluge in jähe Kämpfe zu verwickeln. Dabei wurde ein Teil des anfliegenden Gegners abgedrängt, und zwei Flugzeuge wurden abgeschossen. Der Rest des Feindes wurde, als er sich der Stadt näherte, von den Abwehrformationen unter Feuer genommen, so daß ihm ein gezielter Bombenabwurf nicht gelang. Er warf daher wahllos eine Anzahl Bomben auf die Stadt. Neben Sachschaden sind leider auch 10 Tote und 11 Verletzte zu beklagen.

Der Ortsgewaltige von Mariendorf.

Aus Mariendorf bei Berlin wird der Welt am Montag geschrieben:

Ein unfreundlicher Empfang wurde einem Kontrolleur der Fettstelle Groß-Berlin seitens des Ortsoberhauptes des benachbarten Mariendorfs zuteil. Seines Amtes waltend, hatte der Kontrolleur vor einigen Tagen in Mariendorf eine Frau, die glückliche Besitzerin und Beförderin eines mit Milch gefüllten Topfes war, auf der Straße angehalten und nach der zu der Milch gehörigen Milchkarte gefragt. Da die Frau aber angab, keine Milchkarte zu besitzen, wurde ihr Name von den Kontrolleur festgestellt und notiert. Bei seinen weiteren Revisionen erschien plötzlich ein Herr in Zivil mit strenger Amtsmiene bei dem Kontrollbeamten, wies sich als der Bürgermeister von Mariendorf aus und verlangte von dem Kontrolleur, daß er sich legitimiere. Als ihm der verlangte Ausweis vorgelegt wurde, beschlagnahmte er denselben und nahm den Kontrolleur kraft seines Amtes als höchster Polizeibeamter von Mariendorf fest und transportierte ihn höchst eigenhändig zum Rathause, wo natürlich seine sofortige Freilassung erfolgen mußte. Ein Licht über den gesamten Vorgang ging dem Kontrolleur erst auf, als er erfuhr, daß die Frau, die er ohne Milchkarte angetroffen hatte und die nur ihren Familiennamen angegeben hatte, die bessere Hälfte des Herrn Bürgermeisters von Mariendorf war.

Man darf gespannt sein, bemerkt das Berliner Blatt dazu, was dem Herrn Bürgermeister widerfahren wird, der sich aus Privatrücksichten so widerrechtlich einem seine Pflicht erfüllenden Beamten gegenüber benommen hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180815-14/fragment/page=0002

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Um die Einberufung des Hauptausschusses.

Der Berliner Lokal-Anzeiger glaubt bestimmt versichern zu können, daß maßgebende parlamentarische Kreise der Anregung, den Hauptausschuß zu berufen, durchaus fernstehen. Das Blatt bemerkt dazu:

Man wird, auch außerhalb der parlamentarischen Kreise, im deutschen Volke diese Abneigung aus vollem Herzen teilen. Bei allem Respekt vor dem Reichstag und vor den Befugnissen, die er sich während des Krieges zu seinen in der Reichsverfassung begründeten Rechten noch errungen hat, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß bei uns die Reichsregierung die politischen Geschäfte verantwortlich zu führen hat. Wie der Reichstag oder seine Mehrheit oder deren einzelne Bestandteile über die Lösung der Ostfragen denken, ist nachgerade wirklich kein Geheimnis mehr; ebenso steht es fest, daß der Kanzler bereit ist, nach Möglichkeit auf diese Ansichten und Stimmungen bei den zu fassenden Beschlüssen Rücksicht zu nehmen. Mehr kann der Reichstag nicht verlangen, und mehr wird er nicht erreichen. Es bedarf also keiner abermaligen Bemühung des Hauptausschusses. Daß seine Einberufung gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte dagegen aus anderen Gründen im höchsten Grade unerwünscht sein würde, liegt auf der Hand. Man darf deshalb der bestimmten Hoffnung Ausdruck verleihen, daß es bis auf weiteres bei der ablehnenden Haltung unserer maßgebenden Parlamentarier in dieser Frage sein Bewenden behalten wird.

Auf die Abneigung der dem Berliner Lokal-Anzeiger nahestehenden Kreise gegen den Zusammentritt des Hauptausschusses kommt es nicht an. Der Hauptausschuß ist auch gar nicht darauf angewiesen, zu warten, bis er etwa von der Regierung einberufen wird; er ist vielmehr befugt, aus eigener Machtvollkommenheit zusammenzutreten. Praktisch wird sich das so abspielen, daß der Vorsitzende, Abg. Ebert, mit den Parteiführern in Verbindung tritt und dann den Ausschuß beruft, wenn sich eine Mehrheit dafür erklärt hat. Auf die Sonderwünsche der Annexionisten und ihrer Trabanten kommt es dabei nicht an. Jedenfalls muß verhütet werden, daß der Reichstag vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Die Germania schreibt zur Frage der Einberufung des Hauptausschusses:

Die Forderung ist verständlich, daß sich der Hauptausschuß des jetzt vertagten Reichstages bald mit den Fragen befassen möge, die anscheinend jetzt im Hauptquartier der Entscheidung nahe geführt werden. Wir können es auch verstehen, daß der Ausschuß den Wunsch hat, sich über die übrigen Fragen, die sich aus dem Verhältnis Deutschlands zu Rußland ergeben, auszusprechen. Erwartet werden muß aber freilich, daß er, sollte er über kurz oder lang zusammentreten, mehr als zuvor Bedacht darauf nimmt, daß durch seine Beratungen die innen- und außenpolitische Lage nicht noch mehr erschwert und jede Beunruhigung des Volkes vermieden wird.

Der Vorstand der nationalliberalen Reichstagsfraktion war am Mittwoch zu einer Sitzung versammelt, in der er sich höchstwahrscheinlich auch mit dieser Frage befaßt hat.

Fürst Lichnowsky seines Mandates als Mitglied des preußischen Herrenhauses verlustig erklärt.

Amtlich wird gemeldet: Der Präsident des Herrenhauses hat vom Minister des Innern die Mitteilung erhalten, daß dem Beschluß des Herrenhauses vom 12. Juli, der seinem Mitgliede, dem Fürsten von Lichnowsky, das Anerkenntnis eines der Würde des Herrenhauses entsprechenden Verhaltens versagt, die königliche Bestätigung erteilt worden ist. Hierdurch hat Fürst von Lichnowsky das Recht der Mitgliedschaft des Herrenhauses verloren.

Sehnsucht nach der militärischen Diktatur.

In der Deutschen Zeitung, dem Organ der Schwerverdiener, fordert ein gewisser Fehland die Aufrichtung der Militärdiktatur in Deutschland. Er sagt:

Der Krieg ist das Handwerk des Soldaten, er hat es erlernt. Und wie die Erfolge der militärischen Stellen gegen, nicht schlecht erlernt. Vertrauen wir seiner Leitung draußen an der Mauer, so haben wir keinerlei Veranlassung, ihm Mißtrauen entgegenzubringen, daß er auch das Innere der Festung für die Verteidigung richtig einrichtet. Sachlich ist zu fordern, damit der Krieg ein für uns gutes Ende nimmt, daß alle Gewalt in eine fest zufassende und straff die Zügel ergreifende militärische Hand gelegt wird. Es ist Krieg, und alle übrigen Dinge sind in zweite Reihe zu setzen. Erst nach dem Krieg haben sie wiederum zu ihrem Rechte zu kommen. Es wäre eine Wohltat für das Land, eben weil hier der einzige Weg liegt, einen schnellen und guten Abschluß des Krieges herbeizuführen, wenn ein starker Wille die Leitung übernimmt und alles nur von dem einen Gedanken aus einrichtet, daß es der Fortführung und glücklichen und schnellen Beendigung des Feldzuges von Nutzen ist. Alle übrigen Rücksichten haben jetzt zu schweigen, persönliche, geschäftliche, parteiliche, innerpolitische und wie sie heißen mögen."

Wir sind allerdings schon jetzt von einer unverhüllten Militärdiktatur nicht mehr weit entfernt, denn der Belagerungszustand ist nichts weiter als eine Form der Militärdiktatur; aber die Alldeutschen haben es so ganz offenbar auf die Herbeiführung einer Katastrophe abgesehen. Das scheint ihnen die einzige Möglichkeit, ihren volksfeindlichen Plänen Geltung zu verschaffen.

Scharfe Abwehr.

Die Alldeutsche Demagogie fängt allmählich doch an, den Regierungsstellen auf die Nerven zu fallen. So gibt die Behauptung der Deutschen Tageszeitung, daß Deutschlands Kohlen- und Eisenabgabe an Holland und die Schädigung der feindlichen Kriegführung zugute komme, der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung Veranlassung, gegen diese „unverantwortliche Diskretierung der deutschen Politik" schärfsten Einspruch zu erheben. Deutschland habe nicht nur auf dem Papier, sondern real dafür gesorgt, daß deutsche Kohle und deutsches Eisen unter keinen Umständen dem feindlichen Schiffsbau oder der feindlichen Munitionserzeugung zugute käme. Wenn die Deutsche Tageszeitung fordere, daß die Neutralen uns lieber im Austausch liefern sollten, so teilten natürlich die deutschen Regierungsstellen durchaus dieses Wunsch. Aber die Begrenzung der Ausfuhrmöglichkeiten der Neutralen sei im Verlaufe des Krieges immer mehr eine Tatsache geworden, über die man sich mit keinen schönen Wünschen hinwegheilen könnte. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung stellt schließlich fest, daß die Deutsche Tageszeitung leichtfertig die vaterländischen Interessen geschädigt hat.

Wenn die offiziösen Organe das alldeutsche Treiben eifriger verfolgten, würden sie diese Feststellung regelmäßig machen müssen.

Katholische Arbeiter rebellieren.

An der Spitze der katholischen Arbeitervereine steht bekanntlich ein von der bischöflichen Behörde ernannter Geistlicher als Präses; über den Vereinen eines Bezirks, der sich aus einer Reihe von Orten zusammensetzt, steht der Bezirkspräses, natürlich gleichfalls ein bischöflich eingesetzter Priester. Die katholische Geistlichkeit genießt bei den Gläubigen ein unvergleichlich höheres Ansehen als etwa die evangelische. Der Kaplan, der Pfarrer, der Rektor usw. werden wie Wesen höherer Art behandelt; im täglichen Leben führen sie den Titel „Hochwürden", und in der Beichte werden sie „Ehrwürdiger Vater" angeredet. Wir schicken das voraus, damit auch die mit dem Katholizismus nicht vertrauten Leser bemessen können, was es heißt, wenn eine Versammlung von kirchentreuen Katholiken einem Geistlichen, noch dazu einem solchen, der ihnen vom Bischof als ihr Vereinsoberhaupt bezeichnet worden ist, öffentlich ein Mißbilligungsvotum aussprechen und dieses dann auch noch in ihrem in hunderttausend Exemplaren verbreiteten Vereinsorgan publizieren.

Die M.-Gladbacher Westdeutsche Arbeiterzeitung berichtet über eine in Köln-Mülheim abgehaltene Versammlung von Vertrauensmännern des dortigen Bezirksverbandes der katholischen Arbeitervereine. Aus jeder allen größeren Vereinen seien Vertreter zugegen gewesen. Nach mehrstündiger Aussprache sei eine Entschließung angenommen worden, die sich einstimmig auf den Boden der Bochumer Tagung der Arbeiter-Zentrumswähler Westdeutschlands, besonders hinsichtlich des gleichen Wahlrechts, stelle. Die Versammlung bedauert, daß diese Tagung „einzelnen Herren Anlaß gegeben hat, katholische Arbeiter gegen katholische Arbeiter auszuspielen. Wie das auf einer Arbeitervereinsversammlung in Schlebusch-Manfort (Kreis Solingen) geschehen ist und eine große Erregung unter den katholischen Arbeitern hervorgerufen hat." Auch die Westd. Arb.-Ztg. sei abfällig kritisiert worden. „Gegen solche Anmaßungen einzelner Herren legen die Vertrauensmänner entschieden Verwahrung ein." Der Westd. Arb.-Ztg. wurde wegen ihrer „zielklaren Haltung in der Wahlrechtsfrage" volle Anerkennung ausgesprochen.

Im Anschluß an diese einstimmig angenommenen Sätze sprach die Konferenz dem Bezirkspräses Rektor von Welchpfennig mit 22 gegen 15 Stimmen „ihre Mißbilligung aus, und sie erwartet, daß derselbe seine bisherige Haltung zu vorstehenden Fragen einer Revision unterziehen wird".

Eine solche Sprache von katholisch-kirchlich organisierten Arbeitern gegen ihre Geistlichen — denn auch die „anderen Herren", die Arbeiter „gegeneinander ausgespielt" und sich „anmaßend" benommen haben, sind zweifellos Geistliche — ist noch nicht dagewesen. Das Stimmungsbarometer steht bei der bisher zentrumstreuen Arbeiterschaft auf Sturm. Die Leute haben erkannt, daß sie jahrzehntelang betrogen worden sind, daß man sie mit dem Versprechen des gleichen Wahlrechts für Preußen bei den Wahlen genarrt hat, um im gegebenen Augenblick diese „programmatische Forderung", die man „seit 1873 unentwegt vertreten hat", schmählich zu verraten.

Ueber die eigentlichen Vorgänge, die zu dem erbitterten Protest geführt haben, sagt der Bericht nichts Näheres. Jedoch ist uns bekannt, daß der Oberpfarrer Kastort (Köln) im Oktober vorigen Jahres eine Versammlung von mehreren hundert katholischen Arbeitervereinlern in Opladen (Kreis Solingen) gegen das gleiche Wahlrecht scharf zu machen versucht hat. Ferner fand Mitte April in Köln-Mülheim eine Versammlung statt, in der kirchliche Vereine das gleiche Wahlrecht als eine Gefahr für die Kirche erklärten, und endlich tagte am 21. April in Köln-Lingsl eine katholikenversammlung, worin Pfarrer Boschbach und Rektor von Welchpfennig eine wahlrechtsfeindliche Entschließung zur Annahme bringen ließen. In der Versammlung von Arbeiter-Zentrumswählern am 27. Juli in Köln, wo Stegerwald seine scharfe Rede gegen das Zentrum hielt, versuchte der Oberpfarrer Kastort allerdings, den Arbeiter-, Wahlrechts- und Fortschrittsfreund zu mimen.

Eine wackere Denunziantentat.

Eine Musterleistung journalistischen Anstandes hat die Rheinisch-Westfälische Zeitung, das Essener Unternehmerblatt, zutande gebracht. In Nummer 297 brachte die R.-W. Z. die Behauptung, der Mitbegründer des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer, Erich Kuttner, habe die Propagandagelder für die Gründung von russischen Bolschewisten erhalten. Als der Angegriffene in einer Berichtigung diese Verleumdungen zurückwies, scheute sich das Blatt nicht, zu bemerken, Kuttner habe gar nicht berichtigen dürfen, denn ihm sei von dem Oberkommando in den Marken jede Betätigung für den Reichsbund untersagt.

Aber das war nur ein Vorspiel. Die R.-W. Z. hatte zu dem Abdruck der Berichtigung Zusätze gemacht, die auf eine Aufrechterhaltung ihrer ursprünglichen Behauptung hinausliefen: Diese Zusätze veranlaßten Kuttner zur Einsendung einer zweiten Berichtigung. Diese zweite Berichtigung brachte jedoch die R.-W. Z. nicht mehr. Dafür erhielt der Einsender dieser Tage eine Vorladung zur verantwortlichen Vernehmung auf die Polizei. Dort erfuhr er, daß ihm die Uebertretung des vom Oberkommando in den Marken über ihn verhängten Tätigkeitsverbots für den Reichsbund zur Last gelegt werde. Als Beweisstück wurde ihm vorgelegt — das Original der an die R.-W. Z. abgesandten zweiten Berichtigung. Wohlgemerkt, die Berichtigung ist nicht im Druck erschienen, ihr Original aber befindet sich in den Händen der Polizei. Wie es dorthin gelangt ist, dafür gibt es nur eine Erklärung.

Die R.-W. Z. möchte also eine Verfügung der Militärbehörden auf Grund des Belagerungszustandes zu einer strafbaren persönlichen Ehrabschneiderei benutzen. Setzt sich der Angriffene zur Wehr, so denunziert sie. Bemerkt werden soll noch, daß einer der Redakteure der R.-W. Z., Herr Schneider, gleichzeitig Vorstandsmitglied der gelben Essener Kriegsbeschädigten-Vereinigung ist.

Alldeutsche „Friedensfreunde".

Die Vaterlandspartei läßt sich in einer von dem Kaplan Schopen verfaßten Schrift gegen den Vorwurf verteidigen, daß sie den Frieden nicht wolle. Im Gegenteil, sie sei für den Frieden, „lieber heute als morgen". In der Abwehr der Angriffe geht der Kaplan der Vaterlandspartei aber entschieden zu weit, wenn er versichert, seine Partei wolle keinen Gewaltfrieden, denn es kann doch im Ernste nicht bestritten werden, daß die Vaterlandspartei mindestens Belgien und das Erzbecken von Brye haben will. Daß diese Ziele aber auf dem Wege der Verständigung zu erreichen sind, das vermag doch sicherlich selbst der geistig rückständigste Vaterlandsparteiler nicht anzunehmen.

Ein glaubhaftes Dementi.

Die Mitteilung einer schwedischen Telegraphenagentur, daß Deutschland die Aufhebung der Streichholzsteuer beabsichtige, um damit die deutsche Produktion zu erhöhen und die Einfuhr aus Schweden zu unterbinden, wird in aller Form dementiert. Dieses Dementi hat den Vorzug, unbedingt glaubhaft zu sein; in Deutschland hat jedenfalls kein Mensch der Regierung zugetraut, daß sie daran denken könnte, die so ungeheuer drückende Streichholzsteuer aufzuheben.

Thronkandidaten.

Für den Thron des Königreichs Polen sind bis jetzt fünf Bewerber aufgetreten: Prinz August Wilhelm von Preußen, Erzherzog Karl Stephan, Prinz Cyrill von Bulgarien, ferner ein sächsischer und ein württemberger Prinz. Auch für den finnischen Thron wird ein preußischer Prinz als Anwärter genannt. Wenn gewisse Wünsche sich erfüllen sollten, dann würde der Krieg zu einer wesentlichen Stärkung der Hausmacht der Hohenzollern geführt haben.

Rumänien.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten arbeitete im Auftrage des Ministerrats einen Bericht über den Bau von 900 Kilometer Landstraßen in Bessarabien aus. Die vorgeschlagenen Hauptlinien gehen nach den Donauhäfen Ismail und Remi sowie über den Pruth nach Husch und Galatz und werden vom Staate gebaut. Bessarabische Landesbehörden werden Zweigstraßen für die Verbindung der Distriktshauptstädte bauen.

Deutscher Heeresbericht vom 14. Aug.

wtb. Großes Hauptquartier, 14. August. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Erfolgreiche Vorfeldkämpfe zwischen Yser und Scarpe. Südlich von Merris und südlich der Lys scheiterten Vorstöße des Feindes.

Heeresgruppe Generaloberst von Boehn.

Teilkämpfe beiderseits der Somme und nördlich der Ancre. Westlich und südwestlich von Lassigny griff der Feind von neuem an. Beiderseits von Cannn brach der Angriff in unserem Feuer zusammen. Weiter südlich schlugen wir den Feind im Gegenstoß ab.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Kleine Infanterie-Gefechte an der Vesle und südlich von Reims.

Leutnant Bolle errang seinen 36., Oberleutnant Lörzer seinen 29. und Leutnant Kneth seinen 20. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Der Krieg zur See.

wtb. Berlin, 14. August. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England versenkte eines unserer U-Boote 16 000 BRT.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

London, 14. August. (Reuter.) Die Admiralität berichtet, daß ein britischer Zerstörer, der vorher bei einem Zusammenstoß ernstlich beschädigt worden war, am 6. August im Mittelmeer torpediert und versenkt wurde. Zwei Offiziere und fünf Mann wurden bei dem Zusammenstoß getötet.

Paris, 14. August. Havas meldet amtlich: Der Postdampfer Djemnah der Messageries Maritimes, von Biserta nach Alexandria mit Passagieren und Militärpersonen unterwegs, ist in der Nacht zum 13. Juli durch Unterseeboote aus einem Geleitzuge heraustorpediert und versenkt worden. 442 Personen werden vermißt. — Am 19. Juli wurde gleichfalls im Mittelmeer der Postdampfer Australien von derselben Gesellschaft von einem Torpedo getroffen, in Brand geschossen und versenkt. 17 Mann der Besatzung wurden getötet, 948 Fahrgäste sind gerettet, drei werden vermißt. In demselben Geleitzug wurde außer der Australien ein anderes Schiff torpediert, konnte jedoch flott gehalten werden. Zahlreiche Bomben wurden auf das Unterseeboot im Augenblick des Untertauchens geworfen.

Aus aller Welt.

Ein Ortsvorsteher als Schleichhändler. Hirschberg i. Schles., 12. August. Selbstmord verübte der Ortsvorsteher Schulze von Krummhübel. Seine Leiche ist am Freitag nachmittag aus dem Gebauerteiche in Schmiedeberg gezogen worden. Gegen Schulze schwebten mehrere Untersuchungen. Sie betrafen vor allem Mißstände in der Lebensmittelversorgung. Schulze hatte über 20 Zentner Kubeln aufgekauft und diese ohne Marken in größeren Mengen an die Logier- und Gasthausbesitzer weiterverkauft. Bei einer Haussuchung wurde noch ein Teil der Kubeln bei ihm vorgefunden. Ferner hat er in der gleichen Weise Gemüsekonserven aufgekauft und hauptsächlich an die Sommergäste weiterverkauft. Schließlich sind auch 22 Zentner neue Kartoffeln beschlagnahmt worden, die Schulze für die Gast- und Logierhäuser bezogen hat.

Wieder ein Eisenbahnunglück. Hamburg, 13. August. Infolge Ueberfahrens des Haltesignals der Zugmeldestelle Weser Elbbrücke ist am 13. August nachts 2 Uhr der von Harburg nach Wilhelmsburg fahrende Güterzug 9367 auf dem im Gleis haltenden Arbeitszug 10 919 aufgefahren. Vom Zugbegleitpersonal wurde die Hilfsschaffnerin Meta Schlunz aus Hamburg getötet, der Zugführer Becker, der Schaffner Deckert, sowie die Hilfsschaffnerinnen Peters und Szewald sind leicht verletzt. Die Personenzuggleise sind infolge des Unfalles auf etwa 12 Stunden gesperrt. Der Verkehr wird durch Umleiten der Züge über die Gütergleise aufrechterhalten. Die Untersuchung ist eingeleitet worden.

Grubenunglück. Hindenburg (Oberschl.), 13. August. Auf der Königin-Luise-Grube ist durch Brandgase ein Grubenbrand entstanden. Vier Bergleute wurden getötet; mehrere verletzt.

ff. **Ein 85jähriger Amtsrat und Amtsvorsteher als Kümmelwucherer.** Halberstadt, 13. August. Vor der hiesigen Strafkammer als Berufungsinstanz hatte sich der 85jährige Amtsrat, Amtsvorsteher und Gutsbesitzer Friedrich Wehling aus Halberbern wegen Wuchers mit Kümmel zu verantworten. Im Herbst v. J. verkaufte er an eine Firma Damm in Schönebeck 98 Zentner Kümmel zum Preise von 800 M. für den Zentner, während der „handelsübliche" Preis (einen Höchstpreis gibt es nicht) 500 M. betrug. Das Schöffengericht hatte ihn deshalb zu 58 800 M. Geldstrafe verurteilt. Die Strafkammer erkannte unter teilweiser Abänderung der rechtlichen Gesichtspunkte auf 10 000 M. Geldstrafe, Einziehung von 29 544 M. übermäßigen Gewinns und Beschlagnahme der Ware.

Letzte Nachrichten.

Bern, 14. August. Mailn meldet aus Madrid: Der Ministerrat studierte in der letzten Sitzung die Frage des Rückkaufes des spanischen Eisenbahnnetzes durch den Staat. — Das Budget des Staatshaushalts wurde in derselben Sitzung für 1919 auf eine Milliarde 700 Millionen festgesetzt.

Genf, 15. August. Die Blätter veröffentlichen eine lange Reihe weiterer Gewerkschaftskundgebungen gegen die Verurteilung Malvys, insbesondere der Arbeiter der Kriegswerkstätten in den Pariser Vororten und in den Provinzstädten, wie Marseilles, Lemans, Nantesre usw.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Käse. Freitag, vormittags von 8—12 Uhr Nr. 42 001—43 000, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 43 001—46 000 der Lebensmittelscheine. Jede Person 35 Gramm für 15 Pfennig in der Talamtschule.

Himbeer-Sirup. Der Verkauf beginnt mit Freitag, 16. August. Jede Person 100 Gramm für 1.25 Mk. pro Pfund. Abzugeben Marke 221 des Warenbezugsscheins 17. Gefäße oder Flaschen sind mitzubringen.

Gerstenmehl für Kinder. Freitag, vormittags von 8—12 Uhr Nr. 55 001—65 000, nachmittags von 2—6 Uhr Nr. 65 001 bis 74 000 in der Talamtschule auf Abschnitt F bei besonderen Warenbezugskarte für Jugendliche von 12—17 Jahren und auf Abschnitt H der besonderen Warenbezugskarte für Kinder von 6—12 Jahren. Jede Person ½ Pfund für 38 Pfg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180815-14/fragment/page=0003

Kriegstagung der Hausbesitzer.

Dresden, 12. August.

Am zweiten Verhandlungstage kam es zu stundenlangen und teilweise doch interessanten Debatten zu den am Vortage gehaltenen Referaten über die **Grundbesitz- und Wohnungsfrage**. Es wurden dabei zum Teil Forderungen aufgestellt, die unzweideutig erkennen lassen, daß nun auch weite Kreise des organisierten Hausbesitzes die Zeiten für gekommen halten, sich auf Kosten der Mieter wie überhaupt der Allgemeinheit zu bereichern.

Eröffnet wurde die Debatte von Wege (Berlin), der die **Gesundhaltung des Realkredits als die beste Lösung der Wohnungsfrage** bezeichnete. Wenn gesunde Verhältnisse im Realkredit herrschten, würde es auch keinem Hausbesitzer einfallen, erhöhte Mieten zu verlangen. (?)

Der Krieg habe wenigstens ein Gutes gebracht: die Wertsteigerung des Hausbesitzes durch erhöhte Mietsnachzahlungen!

Während wohl alle anderen Werte durch den Krieg eine Schwächung erfahren hätten, hätte sich eins zur Gesundung emporgearbeitet, und das sei der Haus- und Grundbesitz. Die Werte des Grundbesitzes würden noch weiter wachsen. Durch die Wertsteigerung werde auch die Hypothekenbeschaffung eine viel leichtere werden. Für die Uebergangszeit seien die auf der Grundlage der Selbstpflege und der Selbstverwaltung aufgebauten Stadtschaften berufen, das Bedürfnis nach Grundkredit zu befriedigen. Für die zweiten Hypotheken müßte der **gesamte Hausbesitz** die Zwangshaft übernehmen, fernerer müßte der Hausbesitz **Pfandbriefe** vergeben, die angesichts des gesteigerten Wertes des Grundbesitzes sofort hohen Wert erlangen und vom Markt glatt aufgenommen werden würden. Dadurch würde der Hausbesitzer von aller Hypothekennot und Hypothekensorge befreit. Der Herr stelle dann noch den Antrag, daß für Fälle, in denen es das Interesse des Gläubigers erfordert, daß die Hypothekenzinsrückstände als auch die Hypotheken alsbald und mit einem Male gezahlt werden, **besondere Krediteinrichtungen** geschaffen werden müssen.

Fiegel (Schöneberg) wollte die Behauptung, daß sich der Grundbesitz im Kriege vollständig gesund gemacht habe, nicht unwidersprochen lassen. Zwar hätten die Mieten „etwas" erhöht werden können, aber auch die Unkosten des Hausbesitzes seien größer geworden. Der Hausbesitz stehe also nicht besser da wie vor dem Kriege. (Zurufe: Schlechter!) Auch würden die Zinsen steigen, es werde nicht bei 5 Prozent bleiben, auch nicht bei 6 Prozent.

Verbandsdirektor Dr. Baumert teilte mit, daß sich die Hausbesitzer-Genossenschaft bereits im September auf einer Tagung in Berlin mit der Zwangshaft für die zweiten Hypotheken beschäftigen werde.

Die Leitsätze des Referenten und der Antrag Wege fanden einstimmige Annahme.

Hochinteressant gestaltete sich auch die Aussprache zu dem Referat des Gemeindebevollmächtigten Humar (München) über **Miete und Mietpreisbildung**. Fast alle Debatteredner protestierten gleich dem Berichterstatter gegen die **Verordnungen einzelner Generalkommandos über die Kündigung und Mietpreisbildungen**, die er als einen unzulässigen Eingriff in die privatrechtlichen Verhältnisse bezeichnete. Ebenso waren die Verordnung vom 26. Juli 1917 und die Anweisung für die Mieteinigungsämter Gegenstände zahlreicher Angriffe, desgleichen der Rechtsprechung der Mieteinigungsämter selbst.

Oberbürgermeister Scheer (Ludwigshafen) sprach sich dagegen der Oberbürgermeister Nießnerkommt Simon aus, der **das Hausbesitzerrisiko nicht als Zahlungsrisiko, sondern als Gefahr** bezeichnete und deshalb außer einer „angemessenen" Verzinsung des im Grundstücke steckenden eigenen und fremden Kapitals einen entsprechenden Uebergewinn und eine Risikoprämie für den Hausbesitzer forderte. Wenn es zu einer wirklichen Wohnungsnot komme, werde auch der Schleichhandel auf dem Wohnungsmarkte üppige Blüten treiben. (!!)

Ein anderer Redner, Döscher (Cleve) erklärte, die Hausbesitzer müßten schreien, schreien und immer wieder schreien. Erst dann würden Reich, Staat und Gemeinden dem Hausbesitz die gebührende Beachtung und Unterstützung schenken.

Justizrat Mengel (Berlin) brachte einen Antrag ein, der die Zuständigkeit der Mieteinigungsämter einengt, und Dr. Jörsen (Köln) jammert darüber, daß die Rechtsprechungsämter keine einheitlichen seien. Die Vorsitzenden der Mieteinigungsämter nähmen vielfach in einseitiger Weise die Interessen der Mieter wahr, wofür er hauptsächlich die Bevorzugung der Verordnung vom 26. Juli 1917 als Mieterschutzverordnung verantwortlich machte. Nach seiner Meinung müßte es heißen: Verordnung zur Regelung der Mietsverhältnisse.

Ein Magdeburger Vertreter verstieg sich sogar zu dem Antrage, daß der Mieter verpflichtet sein solle, im Falle einer Steigerung oder Kündigung sich erst mit dem Hausbesitzer in Verbindung zu setzen, bevor er das Mieteinigungsamt anruft. Kann er diesen Nachweis nicht führen, dann ist er vom Mieteinigungsamt abzuweisen. Der Antrag ging zwar nicht durch, immerhin zeigt er, wie sich in den Köpfen mancher Hauspaschas die Welt malt.

Im Verlaufe der weiteren Debatte forderte noch Dr. Weingart (Mannheim) eine angemessene Entschädigung für die Verwaltungstätigkeit des Hauseigentümers, die in die Weite hineinzukalkulieren sei, und Humar (München) erklärte: Unser Kampf, den wir führen müssen, muß dahin gehen: Aufhebung sämtlicher Generalkommando-Verordnungen, einheitliche Regelung der Mieteinigungsämter nach gewissen Gesichtspunkten. Der einzelne Vorsitzende darf nicht mehr aus dem Rahmen fallen und Urteile aus dem Handgelenk schütteln!! —

Hierauf wurden die Leitsätze der Referenten angenommen, desgleichen ein Antrag, daß die Frist für die Anrufung des Einigungsamts eine Woche nach erfolgter Kündigung nicht übersteigen darf.

Angenommen wurde ferner auch ein Antrag, daß die **Zurückziehung** eines in der Kriegszeit erfolgten Mietnachlasses nicht als Mietsteigerung anzusehen ist, dagegen wurde der Antrag Mengel auf Einschränkung der Zuständigkeit der Mieteinigungsämter gegen eine starke Minderheit abgelehnt.

Hierauf wurde ein Antrag eingebracht, der die

Mietschulden der Kriegerfamilien

betrifft. Der Antrag besagt, daß die Obdachpflicht für die Kriegerfamilien den Hausbesitzern abgenommen wird. Da es aber unmöglich sei, die gestundeten Beträge später von den heimkehrenden Kriegern zu fordern, müßten sie aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden. Es wird deshalb ein Reichsgesetz gefordert, wonach alle nachweisbaren Mietausfälle, die die Hausbesitzer durch Stundung an Kriegerfamilien erlitten haben, vom Reiche übernommen werden.

Humar (München) empfahl, das Münchner Programm allgemein nachzuahmen. Dort wird, wenn eine Kriegerfrau gestorben wird und sie nicht in der Lage ist, den erhöhten Mietzins zu zahlen, vom Mieteinigungsamt festgestellt, was sie zahlen kann, und das Mehr übernimmt die Stadtgemeinde. Auf diese Weise komme der Hausbesitzer zu seinem Gelde und die Kriegerfamilie habe keine Schulden. Die Aufwendungen der Stadt hielten sich aber auch in erträglichen Grenzen, da das Reich zu zwei Drittel Ersatz leiste. — Das Vorgehen in München fand allgemeinen Anklang, infolgedessen auf eine Abstimmung über den eingebrachten Antrag verzichtet wurde.

Am ersten Verhandlungstage hatte bekanntlich der Frankfurter Universitätsprofessor Geh. Regierungsrat Dr. Voigt, der über das Thema **Baukosten und Wohnungspolitik** referierte, zur Lösung des schwierigen Wohnungsproblems den ungkaublichen Vorschlag gemacht, **die heimkehrenden Feldgrauen sollten mit der Eheschließung noch warten, bis es wieder genug Wohnungen gebe!**

Gegen diesen Vorschlag wandte sich mit aller Entschiedenheit Frau Wege, die als Bürgerdeputierte dem Berliner Wohnungsamt angehört. Sie wies sehr richtig darauf hin, daß ein solcher Vorschlag ganz sicher auch nicht im Interesse des Reiches liege. Dagegen empfahl sie die **Verlegung der kleinen gewerblichen Betriebe aus den Wohnungen in die leerstehenden Läden**, wodurch viele Räume zum Bewohnen frei werden würden.

Baumeister Küster (Hannover) behauptete, daß nach einwandfreien Berechnungen **die Baukosten eines Wohnhauses gegenüber der Zeit vor dem Kriege um 350 Prozent gestiegen** seien. Er glaubt auch nicht, daß die Preise für Baumaterialien und die Arbeitslöhne nach dem Kriege wesentlich herabgehen werden. Ihn hätten Vertreter großer Industriefirmen, die für den Baumarkt in Frage kämen, erklärt, **sie dächten gar nicht daran, nach dem Kriege mit den Preisen für ihre Fabrikate herauszugehen.** Die Preise machten nicht die andern, sondern sie! Und wie er die Arbeiter kenne, werden sie sich mit allen Mitteln gegen eine Wiederherabsetzung der Löhne wehren. Sie seien jetzt an die hohen Löhne gewöhnt und erklärten ganz offen, daß sie nun auch einmal das Leben genießen wollen (!). Man sollte also ein Sinken der Arbeitslöhne nach dem Kriege, von den Munitionsarbeitern abgesehen, nicht so ohne weiteres als selbstverständlich halten. Aus diesem Grunde glaube er aber auch nicht, daß jetzt und in den ersten Jahren Kleinwohnungsbauten aus öffentlichen Mitteln errichtet werden würden, denn Reich, Staat und Gemeinden könnten die dazu erforderlichen Mittel gar nicht aufbringen! (Zuruf: Ja, was soll denn dann aber werden!)

Der **Verbandsdirektor** vertrat ebenfalls den Standpunkt, daß die Lösung des Wohnungsproblems in hohem Grade abhängig von der Frage sei:

Wie werden sich die Löhne nach dem Kriege gestalten?

Nach seiner Meinung werden wir in wirtschaftlicher Beziehung einen ungeheueren Aufschwung erleben, möge der Frieden ausfallen wie er wolle. Deshalb werde nach dem Kriege keine Arbeitslosigkeit herrschen, sondern eine Not, Arbeitskräfte zu finden. (Lebh.: Sehr richtig!) Erweisen sich die Voraussetzungen als richtig, würden die Arbeitslöhne natürlich nicht sinken; dann würden aber auch die Baustoffpreise nicht erheblich fallen und infolgedessen auch nicht die Baukosten. Die weitere Frage würde aber sein, daß das Bauen eines Wohnhauses einige Jahre nach dem Kriege nicht billiger als gegenwärtig sein würde.

Bekanntmachung
über Erzeugerhöchstpreise für Zwiebeln.

Auf Grund des § 4 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzblatt S. 307) wird bestimmt:

§ 1.

Der Preis für inländische Zwiebeln darf beim Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze je Zentner nicht übersteigen:

Für Zwiebeln, lose	Bei Lieferung auf Grund eines von der Reichsstelle für Gemüse und Obst abgeschlossenen oder von ihr genehmigten Lieferungsvertrages
bis 31. Oktober 1918 . . . 14.50 M.	15.— M.
vom 1. November 1918 ab 15.— M.	15.50 M.
vom 1. Dezember 1918 ab 15.50 M.	16.— M.
vom 1. Januar 1919 ab . 16.50 M.	17.— M.
vom 1. Februar 1919 ab . 18.50 M.	19.— M.
vom 1. März 1919 ab . . . 20.50 M.	21.— M.

Diese Preise gelten für gesunde, marktfähige Handelsware frei verladen in Bahnwagen oder in Schiff.

§ 2.

Für Saat- und Stecklzwiebeln bleiben die besonderen Bestimmungen der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 15. November 1917 („Reichsanzeiger" 273 vom 16. November) aufrechterhalten.

§ 3.

Diese Verordnung tritt am 11. August 1918 in Kraft.

Berlin, den 7. August 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende. J. V.: Wilhelm.

Im Anschluß an die Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Berlin, über Erzeugerhöchstpreise für Inlandzwiebeln wird der Groß- und Kleinhandelspreis für **Inlandzwiebeln ohne Kraut** wie folgt festgesetzt:

Großhandelspreis 19 Pf. für das Pfund.
Kleinhandelspreis 26 „ „ „ „

Halle, den 14. August 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In der **wärmeren Jahreszeit** ist ein gehäuftes Auftreten der **Ruhr** nicht ausgeschlossen. Um von vornherein **dieser Gefahr** wirksam zu **begegnen**, ist die **gewissenhafte Befolgung** nachstehender **Abwehrmaßnahmen** schon jetzt unbedingt **erforderlich**:

a) In allen Volksspeisehäusern, Gast- und Schankwirtschaften, Fabrik- und Krankenkassenräumen ist ein Abdruck oder eine Abschrift der in den hiesigen Tageszeitungen heute veröffentlichten „Gemeinverständlichen **Belehrung** über die Ruhr" **zum Aushang** zu bringen.

b) In den **Bedürfnisanstalten** für die unter a) genannten Räume ist **auf peinlichste Sauberkeit der Sitze, Türklinken, Griffe am Wasserzuge und dergleichen zu halten.** Wenn irgend durchführbar, sind auch in diesen Bedürfnisanstalten Gefäße zur Reinigung und Desinfektion der Hände und Gebrauchsgegenstände mit einprozentiger Sublimatlösung aufzustellen.

An die Besitzer der Volksspeisehäuser, Gast- und Schankwirtschaften, Versammlungs-, Fabrik- und Krankenkassen-Räume ergeht zur Verhütung der allgemeinen Verbreitung ansteckender Krankheiten insbesondere der übertragbaren Ruhr das dringende Ersuchen um Ausführung und dauernde Befolgung der unter a) und b) vorstehend aufgeführten **Maßnahmen.**

Halle, den 13. August 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 14 des Umsatzsteuergesetzes wird hiermit angeordnet, daß die Steuerpflichtigen ihr Unternehmen **binnen drei Tagen** dem unterzeichneten Umsatzsteueramte anzuzeigen haben. Von der Anzeigepflicht **sind befreit diejenigen Unternehmen, die für das Kalenderjahr 1917 eine Anmeldung zum Warenumsatzstempel abgegeben haben und nicht die im § 8 des Gesetzes genannten Gegenstände im Kleinhandel absetzen.** Das Umsatzsteueramt befindet sich Rathausstraße 6 III, Zimmer 125, und ist Werktags von 9—12 Uhr geöffnet.

Die Anzeigen und Mitteilungen sind schriftlich oder **mündlich** zu erstatten. Sie haben zu enthalten: Namen (Firma) und Wohnort (Sitz der Leitung) nebst Straße und Hausnummer des Unternehmers, Art des Unternehmens und Angabe der Gegenstände, die das Unternehmen umsetzt, oder der Leistungen, die es ausführt, nach ihrer handelsüblichen Bezeichnung.

Halle, den 13. August 1918.

Umsatzsteueramt für den Stadtkreis Halle.

Gemeinverständliche Belehrung über die Ruhr.

Die Ruhr beginnt mit heftigen Leibschmerzen und Durchfällen, die bald ein schleimiges Aussehen annehmen. Meist ist dem Schleim auch Blut beigemengt. Bisweilen **beginnt die Krankheit mit Erbrechen und Uebelkeit. Fieber ist oft vorhanden, kann aber auch vollständig fehlen.** Es empfiehlt sich, beim Auftreten verdächtiger Krankheitserscheinungen sofort einen Arzt zu Rate zu ziehen.

Die Ruhr ist eine ausgesprochene Schmutzkrankheit. Ihre Uebertragung kommt ausschließlich dadurch zustande, daß Teile vom Stuhlgang eines Ruhrkranken in den Mund eines Gesunden gelangen. Der Erreger der Ruhr, ein Bazillus, wird nämlich von den Kranken lediglich mit dem Stuhlgang ausgeschieden. **Die dünnflüssigen Darmentleerungen beschmutzen** auch bei an sich sauberen Menschen **sehr leicht die Hände**, zumal Papier häufig für Flüssigkeiten und Bakterien durchlässig ist. **Durch unsaubere Hände werden** dann die **Ruhrkeime** auf Gegenstände (Griff am Wasserzug des Klosetts, Türklinken, Treppengeländer und Gebrauchsgegenstände), ferner **auf Nahrungsmittel oder unmittelbar auf Gesunde übertragen.**

Der wirksamste Schutz gegen die Ruhr **ist daher Sauberkeit der Hände.** Dringend zu empfehlen ist deshalb der Gebrauch von gutem Klosettpapier. Außerdem aber **beherzige jeder:**

„Nach der Notdurft, vor dem Essen
Händewaschen nicht vergessen!"

Besonders muß auch **beim Herrichten von Speisen (Anrichten** ungekocht zu genießender Gerichte, **Streichen des Butterbrots!) auf Sauberkeit der Hände geachtet werden:**

„Willst andere du mit Speise laben,
So mußt du saubere Hände haben!"

sollte sich jede Hausfrau, jede Köchin zum Wahlspruch wählen.

Auch können Fliegen die Ruhr verbreiten, wenn sie Gelegenheit haben, sich auf Entleerungen von Ruhrkranken und danach auf Nahrungsmittel zu setzen. Daher sind zur Verrichtung der Notdurft gut gebaute Aborte zu benutzen; im Freien entleerter Stuhlgang ist sorgfältig mit Erde zu bedecken. Anderseits sind Nahrungsmittel und noch zum Genuß bestimmte Speisereste sorgfältig vor Fliegen zu schützen. Ueberhaupt ist **der Fliegenplage nach Möglichkeit Einhalt** zu tun.

Unreifes Obst und verdorbene Nahrungsmittel verursachen an sich keine Ruhr. Sie können jedoch durch Erzeugung von Magen-Darmkatarrhen das Haften etwa in den Darmkanal hinein gelangter Ruhrbazillen und damit das Entstehen der Ruhr begünstigen. Deshalb vermeide man beides, wenn Ruhr herrscht, ganz besonders.

Die beste Pflege findet ein Ruhrkranker in einem Krankenhaus. Durch schleunige Absonderung der Kranken und Infizierten im Krankenhaus werden auch ihre Familienangehörigen und Arbeitsgenossen in wirksamster Weise gegen Uebertragung der Ruhr geschützt. Werden die geschilderten Vorsichtsmaßregeln beobachtet, so erlischt eine Ruhrepidemie in der Regel schnell.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.

Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.

Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau.
Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung
Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca. 50 verschiedene Bändchen à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg
Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek
der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode
Hausschneiderei/Sonntagszeitung/Deutsche Modenzeitung

Hallischer Hausfrauenbund
Unterricht im Ausbessern von Strümpfen
(kein Stopfen), nachmittags und abends.
Lehrgang 2 Mark, für Mitglieder 1.50 Mark.
Anmeldungen: Rathausstraße 171, 10—12 Uhr vorm., Geschäftsstelle Gr. Steinstraße 16 I, 10—12 u. 4—6 Uhr, bei Otto Straube, Barfüßerstraße 11, im Laden, Frau Bruckhoff, Bismarckstr. 24, Erdgeschoß. [1427

Bad Wittekind.
Freitag, den 16. August, nachmittags 3½ Uhr
Kur-Konzert
vom [1457
Stadttheater-Orchester.
Leitung: Kapellmeister Karl Nöhren.
Eintrittspreise:
Erwachsene 35 Pf.,
Kinder 20 Pf.
Dauerkarten sind gültig.

Fast neue echte 1928
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußb.-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt
R. Ludwig, Hohenmühlen, Lützener Str. 7.

Dauerhafte
Rucksäcke
sehr preiswert. [1296
C. F. Ritter
Leipziger Str. 90.

Schuhe
werden mit Lederstücken und Lederriemen besohlt und repariert. [1100
Hoffmann, Schützenstr. 20.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180815-14/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 187. Halle, Donnerstag den 15. August 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 15. August 1918.

Wohnungsnot und fiskalische Engherzigkeit.

Gelegentlich der Erörterung der Wohnungsfrage in der Ron-sitzung der Hallischen Stadtverordneten machte Oberbürger-ister Rive eine ziemlich Aufsehen erregende Mit-ilung über Verhandlungen, die wegen Ankaufes zweier fis-alischer Parzellen gepflogen worden sind. Wir haben schon in serem Sitzungsbericht einiges darüber gebracht, da aber die An-legenheit großes Allgemeininteresse hat, bringen wir Darlegungen des Oberbürgermeisters ausführlich. Er sagte über:

„Am 15. Januar hat der Reichskanzler im Herrenhause unter stimmung des Finanzministers einer großzügigen Wohnungs-itik das Wort geredet. Und tags darauf hat der Finanzminister Landtag dieselbe Erklärung abgegeben. Es sollten Domänen d forstfiskalische Flächen in erheblichem Maße den Gemeinden m Wohnungsbau für ein Billiges überlassen werden. Die Re-rung wünsche die Ansiedlung von Flachbauten mit großen Gärten d Freiflächen. Den Städten wolle die Regierung weitestes Ent-genkommen zeigen. So werde man der Stadt Berlin 573 Hektar m Preise von 1 Mark bis 1.75 Mark je Quadratmeter überlassen, mit dort 96 000 Menschen angesiedelt werden könnten. Die Re-rung wolle aus den bleichen Großstadtkindern ein starkes, ensfrohes Geschlecht heranbilden. Diese schönen Worte gaben s hier in Halle den Mut, in der Praxis das Fazit zu ziehen und mal an das Ministerium herangutreten, damit die herrlichen rundsätze verwirklicht werden können. Wir haben an der Grenze mänenfiskalische Flächen, um die wir seit langen Jahren han-n. Es sind

zwei Parzellen zwischen der Trothaer Straße und dem Seebener Weg

n 26 und 12 Morgen. Mal war die Regierung geneigt, mal war nicht geneigt, zu verkaufen. 1914 war so ein Stadium der Ge-igtheit. Wir boten, je nach der Lage, 2 Mark und 1.50 Mark. e Regierung verlangte damals 4.25 und 1.91 Mark. Aus Anlaß ner programmatischen Erklärungen im Herrenhause und im ndtage kamen wir dieses Jahr auf die Sache zurück und er-rten, wir wollen Flachbau treiben, Gärten und Freiflächen gen lassen, alles tun, was der Finanzminister gesagt hat, aber t im Preise nach. Wir können angesichts der großen Verpflich-ngen, die wir auf uns nehmen hinsichtlich der baulichen Aus-tung, nur 1 Mark bis 1.50 M. bezahlen. Wir verpflichten uns, funde Kleinwohnungen zu errichten im Flachbau. Aber

der Landwirtschaftsminister lehnte ab,

verlangte 343 000 Mark für das Terrain. Wir hatten 94 000 Mark geboten. Im Jahre 1914 allerdings 173 000 Mark. Aber ses höhere Gebot konnten wir eben nicht mehr aufrechterhalten, eil es den veränderten Zeitverhältnissen nicht mehr entsprach. Der ndwirtschaftsminister erklärte: Ich verkenne nicht die Schwierig-iten in der Wohnungsfrage und nicht die guten Absichten, die ver-gt werden, aber die Domänenverwaltung ist gesetzlich verpflichtet, en Grundbesitz nur gegen volle Schadloshaltung zu veräußern und dieser Grundsatz darf auch aus ernsten sozialpolitischen Erwägungen nicht verletzt werden.

Das heißt also: erst müssen wir, Staat, das Geld haben, dann fängt die Sozialpolitik an! Wenn die Städte auch so dächten, dann wäre es wohl niemals zu einer Sozialpolitik gekommen. Der Minister sagte dann auch noch, die Verhältnisse mit Berlin, auf die wir uns bezogen hatten, lägen anders; denn die Flächen dort befänden sich weit von der Stadt. Nun, ich meine, Seeben liegt auch nicht gerade am Markte von Halle. Wir haben uns dabei natürlich nicht beruhigt, sondern sind noch mal vorstellig geworden und haben dargelegt: es handelt sich um eine Not, der wir begegnen wollen. Aber der Landwirtschaftsminister meint: Wie kommt Halle dazu, weil zufällig der Fiskus dort Land hat, dieses Land billiger kaufen zu wollen? Andere Städte, wo der Fiskus kein Land hat, können ja auch nicht billig fiskalisches Land erwerben. Das heißt also, weil der Staat nicht allen helfen kann, darum hilft er keinem. Meine Herren, in diesem Bescheide vermisse ich das Landesväterliche. (Allseitige Zustimmung.)

Wo ist der Landesvater

in diesem Ministerium? Als unumstößliche Schranke für alle Sozialpolitik in der Wohnungsfrage stellt er das Gesetz auf. Was mag das für ein Gesetz sein? fragten wir uns. Jedenfalls muß es älter sein, als der Gedanke der Sozialpolitik ist. Es wäre die ernsteste Pflicht, ein solches Gesetz schleunigst zu beseitigen. Wir wollen uns doch bei der Sache wahrhaftig nicht bereichern, sondern wir wollen das Land ohne jeden Verdienst benutzen, um billige, gesunde Wohnungen zu erlangen. Welches Gesetz in Frage kommt, haben wir nicht erfahren können. Auf unsere letzte Eingabe kam lediglich der Bescheid, daß der Minister von seinem Standpunkte nicht abgeht. Hier haben wir also den Fall: Der Domänenfiskus kann helfen, aber er setzt sich in Gegensatz zu dem gesamten Ministerium. Wir haben baureifes Land vor unseren Toren; wir können tort Tausende von Menschen ansiedeln, aber der einzelne Minister macht das unmöglich. Er setzt sich über die Gesamtpolitik des Staatsministeriums hinweg."

Die hier gemachten Mitteilungen brauchen kaum kritisch beleuchtet zu werden. Schon die einfache nackte Darstellung spricht für sich selbst. Kein Wunder, daß sogar ein Blatt, wie die Hallesche Zeitung, die Angelegenheit in scharf kritische Beleuchtung rückt. Sie schreibt:

„Wenn der Oberbürgermeister bemerkte, in diesem Bescheide des Ministeriums vermisse er das Landesväterliche, so muß man ihm leider beipflichten. Wenn der Staat A sagt und dem Wohnungsmangel zu steuern verspricht, so muß er auch B sagen und in allen Ressorts der Regierung dieselbe Parole ausgeben. Es geht nicht gut an, daß Ministerpräsident und Finanzminister eine Politik einschlagen, in welcher der Landwirtschaftsminister nicht folgen kann, weil gewisse gesetzliche Schranken ihm den Weg dahin versperren. Man wird erwarten dürfen, daß mit dem Bescheide des Landwirtschaftsministeriums noch nicht das letzte Wort über den Erwerbspreis der Trothaer und Seebener Parzellen gesprochen ist. Nicht wegen der 200 000 Mark, um die die Stadt Halle dadurch ärmer oder reicher wird, sondern um des Grundsatzes und der Sache willen, die auf dem Spiele steht."

Wir scheuen uns gar nicht, uns mit der Hallischen Zeitung in diesem Falle einverstanden zu erklären. Mit dieser Feststellung können wir es genügen lassen. Denn wenn ein konservatives und ein sozialdemokratisches Blatt in der Beurteilung einer Angelegenheit übereinstimmen, so kann das Urteil an kritischem Inhalte kaum überboten werden.

Verband der Deutschen Buchdrucker.

In der am Sonnabend, dem 10. August, stattgehabten Ortsversammlung erstatteten nach Erledigung der übrigen Tagesordnungspunkte die Vertrauensmänner der tarifreuen Buchdruckereien Bericht über die ab 1. August zur Einführung gelangte weitere Teuerungszulage. Aus den Berichten ging erfreulicherweise hervor, daß alle tarifreuen Firmen am Orte die neuen Zulagen glatt zur Einführung brachten. Weiter konnte berichtet werden über die Wiedereinführung der Ferien in den meisten größeren Firmen. Es soll dies auf eine Stellungnahme der örtlichen tarifreuen Prinzipalsvereinigung zurückzuführen sein, die alle Anerkennung verdient. Wenn jemals Ferien segensreiche Wirkung hatten, dann gewiß in diesen Zeiten, wo jeder einzelne in seinem Organismus durch die Ernährungsverhältnisse mehr oder weniger geschwächt ist. „Vom Gehilfenvertreter des Tarifkreises, Herrn Hugo König, wurde auch erwähnt, daß es zwischen der tarifreuen Prinzipalsvereinigung und dem Verbande der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter zu einer Verständigung bezgl. der Gewährung von Teuerungszulagen an dieselben gekommen ist, und wurde gerade diese Mitteilung von der Versammlung mit besonderer Befriedigung vermerkt, erscheint dadurch doch der gewerbliche Frieden in den Buchdruckereien als gesichert.

Anknüpfend an eine aus der Mitte der Versammlung gestellte Anfrage, wie denn jetzt **die Verhältnisse in den der Tarifgemeinschaft nicht angeschlossenen örtlichen Druckereien** seien, schildert der Gehilfenvertreter die von ihm ermittelten Zustände in diesen Firmen. Aus dem Berichte geht hervor, daß die Verhältnisse nicht mehr wie **alles zu wünschen übrig** lassen. Die **größte dieser Firmen** arbeitet fast ausschließlich nur mit Lehrlingen, neben sechs Setzerlehrlingen werden noch drei Druckerlehrlinge ausgebildet. Als Gehilfen werden beschäftigt ein Maschinensetzer, der für die Anleitung der Lehrlinge wohl fast gar nicht in Frage kommen dürfte und ein alter Drucker. Daß bei einem solchen Mißverhältnis an einer sach- und fachgemäßen Ausbildung der Lehrlinge mit Recht zu zweifeln ist, liegt auf der Hand. Die von der tarifreuen Vereinigung der Prinzipale festgelegte zeitgemäßere **Ausbildung der Lehrlinge hinkt auch hintennach.** Zu verwundern ist nur, daß solche Firmen immer wieder Lehrlinge in solch großer Zahl erhalten. Von verantwortlichen **Eltern oder Vormündern** müsse doch erwartet werden, daß diese die Ausbildungsmöglichkeit bei Vergebung der jungen Leute in die Lehre ins Auge fassen. Kein Wunder, daß bei solchen Verhältnissen die betr. Firmen bezüglich der Preisgestaltung die vorgezeichneten Wege nicht einhalten und bei Submissionen den Vogel abschießen.

Redner beleuchtet hierauf das **Verfahren der hiesigen Stadtverwaltung,** die, wie bekannt, ihre städtischen Drucksachen im Wege der Submission zu vergeben und sie im allgemeinen hierbei den Mindestfordernden in Auftrag zu geben pflege. So dürfe es zu erklären sein, daß dabei im besonderen tarifuntreue Firmen mit der Ausführung städtischer Druckarbeiten bedacht werden. Redner stellt diesem gegenüber das Verfahren in einer Reihe anderer Städte, in welchen die amtlichen Drucksachen nach dem **Grundsatze sozialer Gerechtigkeit** an sämtliche Firmen einer Stadt zu gewerbsüblichen Preisen verteilt werden unter völligem **Ausschluß solcher Firmen, die nicht tarifreu sind.** Der Redner gibt der Meinung Ausdruck, daß auch in Halle diese Art der Drucksachenvergebung Eingang finden müsse und teilt im Zusammenhange damit mit, daß die in der letzten Tarifausschuß-Sitzung in Berlin abgegebene Erklärung: „Auf die von der Prinzipalität geäußerten Bedenken, die Druckpreise entsprechend den heutigen Bewilligungen bei der Kundschaft erhöhen zu können, erklärt der Tarifausschuß, daß die Tariforgane gehalten sein sollen, die Prinzipalität hierin auf das nachdrücklichste zu unterstützen und alle tariflichen und gesetzlichen Mittel dazu zu benutzen. Beide Tarifparteien sagen diese Unterstützung ebenfalls ausdrücklich zu," auch die Gehilfenschaft **verpflichtet,** den tariflichen Außenseitern in Zukunft mehr als bisher

Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus
von Fritz Ritzel (Mainz).

(Nachdruck verboten.)

Mit glühenden Augen und einem häßlichen Lächeln um ne Lippen starrte Franz seinen Gegner an, dann erwiderte höhnisch:

„Was geht dich dann des an? Warum soll e Mädche im Ernst an mich denke? Oder ärgerst du dich, weil ich aß, daß des Dortche dich hammgeschickt hot? Geh noch ol hin! Vielleicht nimmt je dich jetzt, des abgeleckt Butbrot!"

„Schuft verfluchter! An dich Lump un Dagdieb soll sich ordentlich Mädche hänge?"

Wütend sprang der Beleidigte empor und ergriff die vor n stehende noch halb gefüllte Weinflasche.

„En Schuft un en Dagdieb nennst du mich, du ufgeiener Tralloff?" Und ehe ihn die Umsitzenden abhalten nnten, drang er auf Paul ein, der mit erhobenem Arm den hlag abwehrte, daß die Scherben klirrend zu Boden fielen. Im hatte Franz ein bolchartiges Messer gezogen und zückte selbe gegen seinen Gegner — ehe er aber den Stoß vollren konnte, fühlte er sich von den gewaltigen Armen Pauls vorgehoben und noch rückwärts geschleudert, daß er schwer t dem Kopf an den Fuß des Ofens aufschlug, und bewußtlos liegen blieb.

„So mach ichs jedem, der sich unnersteht, eine brave ädche die Ehr abzuschneide!" rief Paul mit blitzenden Augen d wollte sich wieder zu seinem Tische wenden, als das laute rcheinander der Kameraden des Gefallenen ihn an den ch fesselte.

„Um G tswille, laaft noch eme Doktor, der hot sich de rnschädel eingeschlage!" rief einer der Burschen und suchte t seinem Taschentuch den aus einer Kopfwunde des Niederworfenen hervorquellenden Blutstrahl zu hemmen.

„Wasser herbei un e Handtuch, der verblut sich!" schrie n anderer.

Alles drängte heran und lief um Beistand zu leisten. an legte den Bewußtlosen auf eine Bank, umwickelte dessen pf mit einem nassen Handtuch, bis der herbeigerufene Barer erschien und die Wunde mit einem regelmäßigen Verband rsah. Alle Bemühungen aber, den Verletzten wieder zur sinnung zu bringen, erwiesen sich als vergebens, und mit em scheuen Blick auf das starre Antlitz des Daliegenden rmelte der Heilkundige: „En höher Fall, en höher Fall: is scheins nix mehr zu mache; mit dem is es vorbei!"

Einige Zeit darauf erschien auch der Arzt, der noch zuälig im Orte anwesend war und neigte sich untersuchend er den leblosen Körper. Mit dem Doktor war der Bürgerister sowie der im Orte stationierte Gendarm gekommen, m wie ein Lauffeuer hatte sich im Dorfe die Botschaft verreitet, daß im Wirtshaus „Zur goldenen Krone" einer totgeschlagen worden sei. Als der Arzt nach kurzer Untersuchung erklärte, daß in vorliegendem Falle menschliche Kunst nicht mehr helfen könne, da bei der unbedingt tödlichen Kopfwunde der Tod sofort eingetreten sein müsse und daß der Körper schon die Anzeichen der Leichenstarre erkennen ließe, da schritt der Wachtmeister, dem der Vorgang von den anderen Burschen geschildert worden war, sporenklirrend auf Paul Höfer zu, und, seine Hand auf dessen Arm legend, sagte er:

„Paul Höfer, ich verhafte Sie im Namen des Gesetzes wegen Totschlags!"

Wie von einem wüsten Traum befangen hatte Paul zugesehen, wie man sich um den von ihm hingeschleuderten Franz Schwind bemühte; er blickte in das todesstarre, noch vom Haß verzerrte Antlitz seines Feindes, hörte die Meinung des Barbiers und den Ausspruch des Arztes, ohne so recht zum Bewußtsein zu kommen, daß er die Hauptfigur in dem schrecklichen Drama gespielt hatte. Willenlos ließ er sich von dem Wachtmeister und einigen von diesem zur Hilfeleistung befohlenen Burschen fortführen und erst als die enge Zelle des Ortsgefängnisses ihn umschloß, in welcher er für die Nacht untergebracht war, da wurde es ihm klar, welch ein Unglück er über sich und über die Ehre seines Namens gebracht hatte. Vor einer Stunde noch ein unbescholtener, in allen Ehren lebender Mensch und jetzt ein Mörder! Und wegen was? Die Ehre eines Mädchens, welches ihn schnöde zurückgewiesen, hatte er geglaubt verteidigen zu müssen. Hatte er ein Recht dazu gehabt? Und was ihn am meisten wurmte, war der immer wiederkehrende Gedanke: War die Ehre dieses Mädchens rein? Hatte sie in den intimen Beziehungen zu dem Erschlagenen gestanden, deren sich dieser rühmte und von welchen das ganze Dorf seit der Kirchweihe munkelte? Allmächtiger Gott, was hatte er getan? Wie würde sein alter Vater die Kunde von dem Geschehenen ertragen?

6.

Gewittersturm.

„Do gehn jo schöne Sache in Tiefeborn vor!" sagte Gottfried Lamprecht am folgenden Morgen zu seiner Frau, indem er in die Wohnstube trat und unruhig in derselben auf- und abging. „Denk emol an, Mutter — do hot mir der Balwierer eme verzählt, gestern Owend hätte je in der „Kron" aan dodgeschmitte; un waaßt du, wen? Dem Wiesenmüller sein schlechte Bub, der, wo uff der Kerb so oft mit unserm Kind gedanzt hot! Wir habe uns noch jo drüber geärgert!"

„Um Himmelswille, des Schwinde Franz?" rief erschreckt Frau Christiane.

„Der Mathes, mein Balwierer, wo eme fort is, hot ihn selbst verbunne. Aach der Doktor war do — sie habe aber alle baad (beide) nix mache könne. Un waaßt du, wers getan hot, Mutter? Verschreck nit! — Des Höfers Paul is es gewese! Heit morgend hot ihn der Gendarm schon nooch Idstein ins Amtsgefängnis gebracht."

„Des Höfers Paul? Um Himmelswille Vatter! Der is jo die best Seel von der Welt! Des kann jo gar nit sein!"

„Es is aber so! Dem Wiesenmüller sein Franz hot widder gehörig im Dach gehabt un is mit dem Paul wege eme Mädche hinnerennander kumme. Der Paul hot ihn gepackt un hot ihn widder de Ofe geschmisse — do hot sich der Franz beim Falle de Hernschädel eingeschlage! Uff dem Platz wär er dod gewese!"

Erbleichend war Frau Lamprecht auf einen Stuhl gesunken und hatte die Hände auf das Herz gepreßt, als fühle sie dort einen körperlichen Schmerz. Angstvoll suchte dabei ihr Blick in dem Antlitz ihres Mannes zu lesen, der offenbar in der heftigsten Gemütsbewegung plötzlich in der Mitte der Stube stehen blieb und mit der Rechten nach der wie Purpur glühenden Stirn fahrend, vor sich hinmurmelte:

„Um Himmelswille nur des nit!"

„Was mit, Vatter? Was denkst du?" brachte Frau Christiane mühsam hervor. „Sag mirs, sonst bringt die Angst mich um!"

„Es kann jo nit sein, Mutter! Naa, Naa! Ich tät jo verrückt wern! Der Mathes hot nit jo recht mit der Sprach herausgewollt, wie ich ihn gefragt hab, wege welchem Mädche der Grambol (Streit) angange is. Daß ers gewußt hot, wers is, dafor bin ich gut un Berg (Bürge)! Herrgott, wenn der Name von unserm Kind genennt tät wern — ich wüßt nit, was ich tät. Ich muß es erauskrieche — eher hab ich kai Ruh!"

Damit nahm der erregte Mann seine Mütze vom Zapfenbrett, stülpte dieselbe auf und verließ eilig die Stube. Mit einer Miene, in welcher sich die ganze Trostlosigkeit ihres Innern ausprägte, sah Frau Christiane ihm nach. Ohne daß es ihr jemand gesagt hatte, wußte sie, um welches Mädchens willen der Totschlag in den „Krone" geschehen war. War dieses Ereignis das Schreckliche, dessen Eintritt sie in den letzten Wochen mit dumpfer Befürchtung geahnt hatte? Genau konnte sie den Tag bezeichnen, an welchem die unerklärliche Seelenangst sie befallen und nicht mehr verlassen hatte; mit jedem Tage steigerte sich diese Angst je mehr sie sich davon überzeugen mußte, daß mit ihrem Kinde seit der Kirchweihe eine auffallende Veränderung vor sich gegangen war. Das ehedem so heitere übermütige Mädchen, dessen frohes Lachen durch das ganze Haus schallte, war seit jenem Tage wortkarg und in sich gekehrt. Oefters hatte die Mutter beobachtet, wie Dortchen stumm vor sich hinbrütete und erschrocken emporfuhr, wenn eine Frage an sie gerichtet wurde. Dabei zeigten ihre Augen manchmal die unverkennbaren Spuren von Tränen, die sie aber auf Befragen unter sichtlicher Verlegenheit zu verleugnen suchte. Was hatte das Kind? War eine Krankheit bei ihm im Anzuge? Gestern abend war es der Mutter so gewesen, als höre sie aus der Kammer ihrer Tochter ein herzzerbrechendes Schluchzen. Als sie voller Besorgnis eintreten wollte, fand sie die Türe verschlossen; das Schluchzen verstummte und offenbar suchte Dortchen ihrer Stimme mit Gewalt Festigkeit zu geben, als sie auf die ängstliche Frage der Mutter erwiderte, diese müsse sich getäuscht haben. Sie liege bereits im Bette und habe vielleicht im Schlaf gesprochen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180815-14/fragment/page=0005

in ihren Verhältnissen die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wer sich der gewerblichen Ordnung nicht fügen wolle, habe auf Rücksichtnahme keinerlei Anspruch und es sei Hauptaufgabe der Gehilfenschaft, Aufklärung darüber zu verbreiten, welches Schicksal solche in unkritisierten Buchdruckereien Lernende entgegengehen.

Der Gehilfenvertreter des VI. Kreises, Hugo König, Halle a. S., Kleine Klausstraße 7 I, erteilt Eltern und Vormündern bereitwilligst jede gewünschte Auskunft über Lehrstellen im Buchdruckgewerbe.

Kartoffeln als Fleischersatz.

Zum Ausgleich der durch die fleischlosen Wochen entstehenden Fleischmenge soll auf Anordnung des Kriegsernährungsamts ein Ersatz gewährt werden, der je nach Lage der Versorgungsverhältnisse entweder in Mehl oder Kartoffeln bestehen wird. Dabei wird in den Ortschaften mit einer rechnungsmäßigen Wochenfleischmenge

von 200 Gramm Fleisch:
250 Gramm Mehl oder 1500 Gramm Kartoffeln,
von 150 Gramm Fleisch:
185 Gramm Mehl oder 1250 Gramm Kartoffeln,
von 100 bzw. 125 Gramm Fleisch:
125 Gramm Mehl oder 750 Gramm Kartoffeln

geliefert werden. Das Kriegsernährungsamt hat angeordnet, daß für die erste, vom 19. bis 25. August laufende fleischlose Woche der Ersatz in Kartoffeln gewährt wird. Für die folgenden fleischlosen Wochen hat sich das Kriegsernährungsamt weitere Bestimmungen vorbehalten.

Demnach hätten wir in Halle also drei Pfund Kartoffeln auf den Kopf als Sonderzulage zu erwarten, an Stelle der wegfallenden Fleischration in der ersten fleischlosen Woche.

---

* **Bund erblindeter Krieger e. V.** (Bezirk Provinz Sachsen-Anhalt.) Am Sonntag, dem 18. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet hier im Restaurant Sternburgquelle, Freite Straße, eine Versammlung statt, auf die wir alle Kriegsblinden von Halle und Umgegend, sowie Freunde und Gönner des Bundes hinweisen möchten.

* **Nähfaden-, Strick- und Stopfgarn-Verteilung für das zweite Kalenderhalbjahr 1918.** Die erste durch die Reichsbekleidungsstelle vorgenommene Verteilung von Baumwollnähfäden war für das erste Kalendervierteljahr 1918 bestimmt, hat sich jedoch aus technischen Gründen bis zum Ende des zweiten Kalendervierteljahres hingezogen. Die jetzt bekanntgegebene ist die zweite durch die Reichsbekleidungsstelle vorgenommene Verteilung für Baumwollnähfäden und Leinennähgarn. Gleichzeitig erfolgt eine erste Verteilung von baumwollenen Strick- und Stopfgarnen. Nähere Angaben machen die Kreis- und Gemeindebehörden.

* **Der Kleinhandelspreis für Rhabarber** wird bis auf weiteres auf 80 Pfennig für das Pfund, für Pfifferlinge und Steinpilze auf 1.50 M. für das Pfund festgesetzt.

* **Diebereien.** In der Nacht zum Dienstag wurden aus dem Hofe eines in der Richard-Wagner-Straße belegenen Grundstücks zehn Kaninchen im Werte von 160 M. und zwei Wäscheleinen gestohlen. — Aus einer Wohnung in der Kötherer Straße wurde am Dienstag ein blauseidenes Damenkleid im Werte von 150 M. gestohlen. Der Dieb gelangte von der Straße aus durch ein offenstehendes Fenster in die Wohnung.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Neuerwerbung des Stadttheaters. Der „Bürger als Edelmann", Komödie von Moliere, freie Bühnenbearbeitung in drei Aufzügen, Musik von Richard Strauß wurde von Leopold Sachse zur Aufführung am Stadttheater in Halle erworben. Das Stadttheater in Halle ist die erste Bühne, der Dr. Richard Strauß sein neuestes Werk nach der Uraufführung im Deutschen Theater zu Berlin überlassen hat.

Zoologischer Garten. Morgen, Donnerstag, nachmittags 4 Uhr und abends 7½ Uhr finden zwei große Konzerte vom Stadttheater-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Karl Röhren mit besonders gewählten Vortragsfolgen statt. Der Besuch dieser Konzerte wird bestens empfohlen. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 50 Pf. (von 7 Uhr abends an 35 Pf.), Kinder 20 Pf., Militär ohne Dienstgrad zahlt vorm. 10 Pf., nachm. 20 Pf. Zum Abendkonzert haben auch die Dauerkarten für Mittelfrid Gültigkeit. Bei ungünstigem Wetter finden die Konzerte im Saale statt. (Siehe Anzeige.)

Hallesche Kriegsverluste.

Preußische Verlustliste Nr. 1210. Bär, Willi, Gefr., 11. 8. l. verw. s. d. Tr. Ernert, Franz, 26. 11. gestorben an seinen Wunden. Gamnitius, Max, Gefr., 13. 4. gefallen. Krüger, Johannes, 19. 6. l. verw. Naumann, Kurt, 21. 7. l. verw. Otto, Klemens, Gefr., 17. 10. gefallen. Voerschte, Erich, 8. 8. gest. infolge Krankh. Pretsch, Kurt, 12. 11. verw. Weber, Reinhold, 9. 3. l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 1211. Berger, Gustav, 4. 10. vermißt. Buttdorf, Reinhold, 9. 8. vermißt. Duds, Max, Vizefeldw., 20. 6. vermißt. Fricke, Paul, 5. 2. vermißt. Hansky, Georg, Gefr., 18. 6. vermißt. Heinrich, Walter, 10. 11., bisher schwer verwundet, gestorben. Kaps, Heinrich, 19. 10., verletzt, 21. 1. 17. Köcke, Franz, Krankenträger, 29. 6., bisher vermißt, in Gefangenschaft. Noak, Otto, Gefr., 14. 3. l. verw. Pohle, Walter, 14. 9. durch Unfall verletzt, 13. 10. 17. Wiedemann, Hans, 18. 3. l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 1212. Hertel, Willi, Serg., 5. 1. zum drittenmal, u. zw. l. verw. Hesse, Otto, 27. 8. l. verw. Jogsch, Hugo, 31. 8. schw. verw.

Sächsische Verlustliste Nr. 526. Hummel, Ernst, Uffz., 19. 8. l. verw. Ludwig, Konrad, 5. 10. schw. verw.

Sächsische Verlustliste Nr. 527. Löser, Paul, Uffz., 7. 5. schwer verw. Müller II, Friedrich, Gefr., 11. 1. l. verw.

Kaiserliche Marine, Verlustliste Nr. 155. Vogel, Robert, Matrose, tot.

Verluste durch Krankheit. Bieder, Alfred, Art.-Mech.-Mt., 1. 6. 1918 in Kiel gestorben.

Verschollungen zur Verlustliste Nr. 45. Großmann, Otto, Karl, Hpt., bisher zurückgeb. Naukling, Friedgosef, Chine. — **Nr. 146.** Meitner, Willy, Matr., (Ersatz-Res.), bisher verm., kriegsgefangen F.

Aus der Provinz.

Die Freuden der Landarbeit.

Die Landwirtschaft klagt schon seit Jahrzehnten über Mangel an Arbeitskräften. Jetzt in der Kriegszeit soll sich das Fehlen zur Unerträglichkeit gesteigert haben. Um die landwirtschaftliche Lebensmittelerzeugung sicherzustellen, sind mancherlei behördliche Verordnungen herausgekommen, die mehr oder weniger den Zweck haben, dem Lande Arbeitskräfte zwangsweise zuzuführen. So bestimmt beispielsweise eine Verordnung des stellv. Generalkommandos des 4. Armeekorps in Magdeburg vom 26. April 1917, daß jede männliche und weibliche Person auf Aufforderung der zuständigen Behörde verpflichtet ist, gegen den üblichen Lohn eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende land- oder forstwirtschaftliche Arbeit zu übernehmen.

Wie kommt es nun, daß so harte Maßnahmen nötig sind und trotz alledem der Arbeitermangel nicht aufhört, obgleich doch eigentlich die Beschäftigung in freier Natur bei frischer Luft und Sonnenschein ihre Reize ausüben müßte? Die Ursache liegt einfach in den mittelalterlichen, traurigen Arbeitsbedingungen, die im allgemeinen die Landwirtschaft noch bietet. Trotz der ungeheuren Gewinne, die sie wenigstens seit einigen Jahren einsteckt.

Zwei junge Hallenser hatten sich von der Landwirtschaftskammer Halle (Arbeitsnachweis) für einen Baron nach dem Kreis H. anwerben lassen. Der vereinbarte Lohn, 5 M. je Woche, in der Erntezeit etwas mehr, war zwar nicht hoch, aber es wurden ihnen vom Arbeitsvermittler in Aussicht gestellt, gutes Essen, mit Speck, Butter und Schinken usw. Welchen abscheulichen Betrug stellt das in der Kriegszeit dar? Mit bildersteinen Hoffnungen zogen die jungen Leute also aus.

Und wie fanden sie die Wirklichkeit, die rauhen Tatsachen? Daß sie um früh ½5 Uhr bis abends ½8 Uhr arbeiten mußten, war zwar schon sehr lang, aber wäre dieselbe noch zu ertragen gewesen. Aber die Verpflegung! Mittags und abends gab es eine Kaffeebohnen, Rübenblätter oder Sauerkraut, aber ohne Fleisch und Schmelze, meist auch ohne Kartoffeln. Weil das Zeug salzsauer nicht schmeckte, konnten sie sich nie satteßen. Im übrigen gab es nur Brot und Kaffee. Sonst nichts. Und nun das Schlafen! In den Baracken waren soviel Läuse, daß sie, um Ruhe zu haben, manchmal den Ochsenstall aufsuchten.

Damit waren die „Freuden" noch nicht erschöpft. Der Herr Baron hielt es nicht unter seiner Würde, die jungen Leute mit der Reitpeitsche zur Arbeit anzutreiben. Als zwei junge Leute einmal die Arbeitsstelle verlassen wollten, wurden sie mit dem Revolver verfolgt. Zwei andere, darunter einer unserer Hallenser, wurden einmal, um sie vor dem „Ausreißen" zu sichern, einen Tagim Keller eingesperrt. Allerdings hieß es hinterher, das habe der Hofmeister „eigenmächtig" getan. Daß zur Vervollständigung des Paradieses die Prügel nicht fehlten, versteht sich von selbst. Der Lohn wurde nur zum geringen Teil ausgezahlt, der größere Teil wurde als Sicherheit für „unberechtigtes" Verlassen der Arbeit zurückbehalten.

Daß unsere jungen Hallenser die erste beste Gelegenheit ergriffen, um aus diesem Idyll fortzukommen, braucht nicht besonders glaubhaft gemacht zu werden. Nun begannen die Schwierigkeiten mit der Invalidenkarte, dem Dienstbuch, den Lebensmittelkarten, den zurückgelassenen Kleidungsstücken, dem rückständigen Lohn, und welche Dinge noch zwecks gesteigerter „Anhänglichkeit" bestehen. Mit gebrochenem Mut und gebrochenem Herzen sind nun die jungen Leute wieder heimgekommen. Jedenfalls ist ihre bestimmte Absicht, in ihrem ganzen Leben niemals wieder auf einen Gutshof zur Arbeit zu gehen.

Der Staat hat zweifellos ein Interesse an der Verrichtung der landwirtschaftlichen Arbeiten. Das bewiesen die oben erwähnten Verordnungen zum Zwecke eines Arbeitszwanges. Wir meinen nun, er hat auch ein Interesse, daß in den landwirtschaftlichen Betrieben erträgliche Arbeitsverhältnisse herrschen und die Arbeiter nicht nur mit dem Zwange, sondern auch mit Liebe zur Arbeit gehen. Wenn die Behörden auch, nach dieser Richtung (Aufhebung der Gesindeordnungen usw.) ihre Mühen betätigen würden, wäre das sehr zweckmäßig.

Eine wichtige Entscheidung für Genossenschaften.

Das Kammergericht fällte eine grundsätzliche Entscheidung in einem Rechtsstreit, dem folgender Tatbestand zugrunde lag. Der Vorstand einer eingetragenen Genossenschaft m. b. H., in deren Satzung bestimmt ist, jedes Mitglied der Genossenschaft dürfe mehrere Geschäftsanteile erwerben, aber höchstens 20, meldete den Eintritt einer Anzahl Genossen an. Die überreichten Beitrittserklärungen lauten bei einigen Genossen dahin: „Ich erkläre meinen Beitritt... Zugleich erkläre ich, daß ich insgesamt mit 10 bzw. 2 oder 5 Geschäftsanteilen beteiligt sein will." Das Registergericht zu Magdeburg trug den Beitritt dieser Genossen ein, verweigerte aber die Eintragung des Erwerbs der weiteren Geschäftsanteile, da die vorgeschriebene Erklärung nicht vorliege. Die Beschwerde der Genossenschaft beim Landgericht war erfolglos. Das Kammergericht trat dem Landgericht bei und führte u. a. aus, anzuerkennen sei, daß ein Genosse gemäß § 134 des Genossenschaftsgesetzes gleichzeitig für Beteiligung auf mehrere weitere Geschäftsanteile zulassen sei. Damit sei aber nicht die Frage entschieden, in welcher Form er die in diesem Falle gemäß § 137 des Genossenschaftsgesetzes abzugebende Erklärung anzubringen habe, wenn zugleich sein Beitritt zur Genossenschaft und seine Beteiligung auf weitere Geschäftsanteile in Frage stehe. Das Gesetz bestimme in § 137 a. a. O., der betreffende Genosse habe seine Beteiligung auf weitere Geschäftsanteile anzugeben. Daß diese Erklärung mit der Beitrittserklärung verbunden und einheitlich mit der letzteren abgegeben werden könne, sei im Gesetz weder vorgeschrieben, noch ausdrücklich untersagt. Indes ergebe sich ein solches Verbot aus der Sonderregelung, welche die Frage der Beteiligung der Genossen auf mehrere Geschäftsanteile im Gesetz gefunden habe. Trete der Fall ein, daß ein Beitretender Mitglied werden und sich zugleich auf einen oder mehrere weitere Geschäftsanteile beteiligen wolle, so habe er die beiden Erklärungen abzugeben, nämlich die gemäß § 15 des Genossenschaftsgesetzes, in welcher er seinen Beitritt erkläre, und diejenige, in der er erkläre, auf die von ihm genannte Zahl weiterer Geschäftsanteile beteiligt sein zu wollen. Beide Erklärungen sollen nebeneinander und doneinander getrennt abgegeben werden.

Merseburg. Lebensmittel werden für nächste Woche zugeteilt 2 Suppenwürfel auf 52, 200 Gramm Marmelade auf 58. Abgabe der Bezugscheine bis Donnerstag; für Mittagessen in den städtischen Küchen und den Wirtschaften Nr. 2. Verkauf der Waren von Donnerstag, den 21., bis Sonnabend, den 24. August.

— Sonderzuteilung von Zucker. Der Kreis ist in der Lage, aus seinen Erparnissen an jede vom Kreise mit Zucker zu versorgende Person 250 Gramm Zucker zu verteilen. Die erforderlichen Marken werden mit den Zuckermarken für September ausgegeben.

— Zwiebackausgabe von Donnerstag an für Kinder bis einschließlich 10 Jahre und an Personen über 60 Jahre. Pro Kopf ein Paket Kärgwiebad zum Preise von 20 Pf.

Naumburg. Bau einer Dampfmolkerei. Gegenüber dem „Kaiserhof", in der Bahnhofstraße, ist in der letzten Zeit ein größerer Bau begonnen worden, der den Zwecken einer Molkerei dienen soll. Mit der Verwirklichung der Molkerei, die mit den technisch vollkommensten und modernsten Maschinen und Einrichtungen ausgestattet werden wird, kommt unsere Stadt indezug auf die Butter in eine günstigere Lage, und die Ausnutzung der Milch wird eine vorteilhaftere als in der einzelnen landwirtschaftlichen Haushaltung. Es darf angenommen werden, daß dann auch Buttermilch und Magermilch hier zur Ausgabe gelangt.

Zeitz. Lebensmittel. 1. Vom 19. August ab wird die Wochenbrotmenge wieder auf 4 Pfund herausgesetzt. Die bisherigen Zulagen bleiben bestehen. 2. Vom gleichen Tage an gelten folgende Höchstpreise im Sinne des Gesetzes: a) 1 Pfund Brot 24 Pf., das Vierpfundbrot 95 Pf., das Achtpfundbrot 190 Pfg. Sechspfundbrot, Kriegsbrot wieder verkauft. b) eine Semmel von 75 Gramm kostet 5 Pf.; c) 1 Pfund Brötmehl 24 Pf., 1 Pfund oder Weizenmehl 28 Pf., 1 Pfund Weizenauszugsmehl 32 Pf.

— Zwiebelpreise. Der Höchstpreis für Zwiebeln vom Erzeuger beträgt 14.50 M., bei Verkaufsware 15 M. der Zentner. Ueberschreitung dieser Preise, die Höchstpreise im Sinne des Gesetzes sind, wird mit den gesetzlichen Strafen bestraft.

Wittenberg. Ertrunken. Bei einer Bootspartie, die auf der Elbe bei Kleinwittenberg von zwei Schulknaben unternommen wurde, schlug das Boot um und beide Knaben in das Wasser. Während einem gelang, sich so lange an dem Fahrzeuge festzuhalten, bis Hilfe kam und er aus seiner bedrängten Lage befreit werden konnte, versank der 13jährige Sohn des Kaufmannhändlers Herrn Hildebrandt aus der Sternstraße in Wittenberg. Die Leiche des Verunglückten konnte noch nicht geborgen werden.

Wittenberg. Schaukastendiebstahl. Der Schaukasten des Uhrmachers Herrn Kuhne, der an dem Hause Schloßstraße 31 angebracht ist, ist nachts von Dieben ausgeräumt worden. Nachdem die bisher noch unbekannten Täter das Schloß kunstgerecht herausgeschnitten, haben sie sämtliche in den Kasten befindliche Schmucksachen, als Ringe und Ketten, von erheblichem Werte mit sich genommen.

Coswig. Einbruch. Zwei aus verschiedenen Erziehungsanstalten entlassene Fürsorgezöglinge hatten gemeinschaftlich in Wörlitz einen Einbruchsdiebstahl begangen. Gegen 11 Uhr vormittags überstiegen die Burschen die zwei Meter hohe Hofmauer und stahlen aus der Speisekammer 1½ Schinken, eine große Schwartenwurst, zwei Schlachtwürste und mehrere kleine Würste. Aus der offenen Wohnung entwendeten sie einen guten Anzug, mehrere Hemden, eine Mütze, die Paar Stiefel und mehrere Portemonnaies mit Geld. Mit dieser Beute ging es gestohlen. Die Gebrüder Bu. Hunde, wurden aber von einem der Dienstleute bemerkt, der ihnen nachsetzte und sie zur bei Oßmarschen einholte. Einen der Täter konnte er nicht, während der andere entkam und einen Teil der Beute, wie Schwartenwurst, Stiefel, ein Portemonnaie mit Geld und einige Würste mit sich nahm. Die Erziehungsanstalt hat den Festgenommenen abholen lassen.

Gr.-Salze. Ein herbes Geschick hat den Lehrer B. hier betroffen. Seine Gattin wurde dieser Tage unter erschwerenden Umständen von Drillingen (drei Mädchen) entbunden. Die in diesem Falle so nötige ärztliche Hilfe kam zu spät. Die unglückliche Mutter mußte das Leben dieser Menschenkinder mit dem Tode bezahlen. Die kleinen Mädchen sind wohl ausgebildet und befinden sich sehr munter.

Salzungen. Hereingefallen ist ein Landwirt aus einem Nachbarort. Er hole gegen einen ihm wegen Verheimlichung von Kartoffeln zugegangenen Strafbefehl in Höhe von 300 M. Berufung eingelegt und wurde jetzt von der Berufungsinstanz zu 2300 M. Geldstrafe verurteilt.

Erfurt. Eine wilde Jagd gab es am Dienstag vormittag auf dem Friedrich-Wilhelms-Platz. Als der 18 Jahre alte Schlosser Otto Ehrt aus Heiligenstadt, der zahlreicher, in Erfurt ausgeführter Einbruchsdiebstähle halber sich in Untersuchungshaft befindet, vom Schöffengerichtsvorsitzenden auf dem Wege ins Gefängnis gebracht werden sollte, entwich er und gelangte schließlich ins Freie. Mitten auf dem Friedrich-Wilhelms-Platz ging ihm die Luft aus, so daß er gestellt werden konnte. Auf dem Rückransporte leistete er heftigsten Widerstand.

Groß-Salze. Verhängnisvoller Schlag. Der 18 Jahre alte Paul Wünsche schlug den 12 Jahre alten Alfred Wolf beim Schleifen auf dem Allendorfschen Acker mit einem sogen. Eggehaken an den Hals. Nach wenigen Schritten fiel W. um und war tot. Vermutlich muß die Schlagader getroffen worden sein.

Ohrdruf. Beim Kartoffeldiebstahl erschossen. Am Sonnabend abend wurde in der Nähe des Ortes Schwarzwald die 63jährige unverehelichte Anna Hofmann beim Kartoffelstehlen erschossen. Die Leiche wurde von einem Hilfswaldwärter gefunden. Ein Kugelschuß hatte die Frau in den Kopf getroffen. Wer den tödlichen Schuß abgegeben hat, konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Liebenwerda. Folgen einer alten Unsitte. Die Ehefrau eines eingezogenen Buchhalters beging die oft schon gerügte Unsitte, auf die noch stark erhitzte Plättglocke Spiritus zu gießen. Dieser explodierte, und die Frau stand in hellen Flammen. Auf ihre Hilferufe eilten Nachbarn herbei und erstickten die Flammen. Die junge Frau hat schwere Brandwunden an Armen, Beinen und im Gesicht davongetragen.

Liebenwerda. Vom Stier angefallen. Von einem auf die Weide getriebenen Stier wurde auf dem benachbarten Dominium Maasdorf die Frau des dortigen Oberschweizers angegriffen. Sie erlitt am ganzen Körper erhebliche Verletzungen. Nur dem energischen Vorgehen einer hinzueilenden Frau hat die Bedauernswerte ihr Leben zu danken.

Meuselwitz. Verdorbene Konserven. Nach dem Genuß von Fischkonserven erkrankten im preußischen Nachbardorfe Haltenhain sechs Personen aus verschiedenen Familien. Eine Frau ist nach 10 Stunden gestorben. Die Fische (Hering in Gelee) waren verdorben. Die Leiche wurde geöffnet. Das gerichtliche Verfahren wurde eingeleitet.

Großenhainchen. Feuer. Ein heftiges Gewitter, begleitet von wolkenbruchartigem Regen, ging über unsere Gegend und brachte für die Fluren das längerersehnte Naß. In das Rollen des Donners mischte sich plötzlich das Läuten der Sturmglocke. Des Blitz hatte in die Scheune des Kaufmanns und Landwirts Krause in Mistschels eingeschlagen und im Nu stand die lange Scheune, in der sich auch der Stall befand, in hellen Flammen. Da die Scheune nicht mehr gerettet werden konnte, so beschränkte man sich auf Erhaltung des Wohnhauses, was auch von Erfolg gekrönt war. Durch hilfsbereite Nachbarn konnte sämtliches Vieh gerettet werden. In der Scheune ist fast sämtliches Getreide, Heu und Futter mit verbrannt.

Hohm. Sittlichkeitsverbrechen. Abends verübte ein Landsturmmann vom Wachtkommando in Nachterstedt ein Sittlichkeitsverbrechen an einem 14jährigen Mädchen, das sich auf dem Wege von Nachterstedt nach Hohm befand. Dem hiesigen Wachtmeister ist es gelungen, den Verbrecher festzunehmen. Er ist 36 Jahre alt und Vater von vier Kindern.

Salzwedel. Großfeuer. In der Nacht brach im benachbarten Lüssen beim Gastwirt und Sägemühlenbesitzer Franck Großfeuer aus, daß in den reichen Kolonialwaren und der eben eingebrachten Ernte reiche Nahrung fand. Das Großvieh konnte mit Mühe gerettet werden, sonst blieb dem Besitzer nichts als das nackte Leben. Noch im letzten Augenblick gelang es, das im Gebäude untergebrachte Aussenlager zu öffnen. Dem Besitzer erwächst trotz Versicherung ein unermeßlicher Schaden.

Gardelegen. Lebensmittel-Verteilung. Gerstenfabrikate, 150 Gramm für 11 Pf. auf Marke 59 der Lebensmittelkarte in den bekannten Geschäften; Kindergerstenmehl, ein Kilogramm für 1.25 Mark auf Marke 10 der Zusatzkarte für Kinder im Alter bis zu zwei Jahren in Kaisers Kaffeegeschäft, Nordd. Schokoladenhaus, Maaß; Morgentrank, ein Pfund für 90 Pf. auf Marke 9 der Zusatzkarte für Kinder im Alter von 10 bis 12 Jahren bei Maaß, Nordd. Schokoladenhaus, Thams & Garfs; Eier, ein Stück für 33 Pf. auf Marke R der Eierkarte auf Ausweis 4151 bis 4339 und 6001 bis 6460 bei Krause, 4471 bis 4775 und 5633 bis 5717 bei Bohndorf, 4801 bis 5632 bei Scharfe, 6561 bis 6770 bei Zobel, 6771 bis 8050 und die Personen, welche bei der letzten Verteilung die Steinkopf nicht bekommen werden konnten, bei Penert; Käse, 70 Gramm Schnittkäse für 23 Pf. auf Marke 47 auf Ausweis 951 bis 1200 bei Kurich, 1201 bis 1515 bei Albert Lohmann, 1516 bis 1734 bei Fleischhauer, 1735 bis 2220 bei Koch, 2401 bis 2755 bei Kunze, 2756 bis 3070 bei Stammer, 3071 bis 3500 bei G. Schmidt, 3601 bis 3955 bei Schmeiser; auf Marke 66 auf Ausweis 3956 bis 4339 bei Lüdeke, 4340 bis 4800 bei Dertel, 4801 bis 5080 bei Bernhardt, 5081 bis 5312 bei Gibe, 5313 bis 5750 bei Baumann, 6001 bis 6460 bei Bohndorf, 6461 bis 8050 bei Radecke; Quark, ½ Pfund für 37 Pf. auf Marke 68 auf Ausweis 3651 bis 4000 bei Büchner, Lutherstraße.

— Tödlicher Unfall. Am Montag mittag wollte der Geschirrführer Roschalla aus Bolkstedt vor dem Freistraßentor auf sein in Fahrt befindliches Geschirr aufsteigen, rutschte dabei ab und wurde so unglücklich überfahren, daß der Tod bald eintrat.

Eisleben. Erhöhung der Zinsen. Die Mansfeldsche Gewerkschaft hat den Zinsfuß für die Einlagen bei der Bergsparkasse vom 1. Juli dieses Jahres ab bis auf weiteres von 3,5 Prozent auf 5 Prozent erhöht.

Vermischtes.

Abgeschlagener Angriff. Schreibt da neulich der Bürgermeister von K. an den in Großobringen: „Lieber Kollege! Ich teile Dir mit, daß die Jungmannen aus G. gestern gegen Abend einen Überraschenden Vorstoß gegen K. machten; das Ziel ihres Stoßes war der Garten der Frau S. am Eingang unseres Dorfes; sie überrannten im ersten Anlauf das Drahthindernis und setzten sich in den Erdbeerbeeten fest. Ein sofort von Frau S. unternommener Gegenstoß warf den Feind aus dem besetzten Gebiet, wobei Frau S. einen Gefangenen machte. Derselbe sagte aus, daß die schwache Stelle im Drahtverhau des Gartens durch einen Ueberläufer aus K. verraten worden sei. Verluste an Material unserseits sind nicht zu beklagen. Sage Deinen Jungmannen, wenn sie wieder vorgingen, würde ein Trommelfeuer sie derart eindecken, daß sie 14 Tage nicht üben könnten. Mit herzlichem Gruß usw."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180815-14/fragment/page=0006